# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

[Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136 — Freitag, den 15. Juni 1906 — 13. Jahrg.


**Hierzu eine Beilage.**

## Die artigen Kinder und die schärfere Tonart.

C Bei Auseinandersetzungen mit gegnerischen Gewerkschaftlern wird uns als wichtigstes Argument gern entgegengehalten, wir — d. h. die Sozialdemokraten und die Anhänger der freien Gewerkschaften — bildeten uns ein, durch Anwendung einer schärferen Tonart wesentliches für die Arbeiter erreichen zu können. Ja, es wird dies von unseren Gegnern als das eigentliche und wesentliche Unterscheidungsmerkmal zwischen ihnen und uns hingestellt. Sie seien die artigen Kinder und hätten deshalb eher Aussicht, von den herrschenden Klassen etwas zu kriegen als wir rauhbeinigen Sozialdemokraten.

Der Klassenkampf, der nun einmal vorhanden ist, wenn auch die Hirsch-Dunckerschen, die Gewerkschaftschristen 2c. noch so sehr den Kopf vor ihm in den Sand stecken, hat schon so manchen schönen Traum zerstört. Er räumt auch mit dieser Illusion mehr und mehr auf. Die „staatserhaltenden“ Gewerkschaftler mögen noch so sehr bedacht sein, die äußere Form zu wahren und bei der „milden Tonart“ zu bleiben, so werden sie doch mit der Zeit durch die Verhältnisse und durch ihre Mitglieder gedrängt, weiter und weiter gehende Forderungen zu stellen, und sobald dies geschieht, werden sie von den herrschenden Klassen trotz aller ihrer Milde mit uns Sozialdemokraten in einen Topf geworfen. Was uns von ihnen trennt, ist eben nicht die Äußerlichkeit, nicht der Ton, sondern der Inhalt unserer Forderungen, die an und für sich mit dem Umsturz nichts zu tun haben. Sie wollen weiter nichts als die Lage der Arbeiter heben. Solche Forderungen können in sehr konzilianter Form vorgetragen werden und sind tatsächlich mindestens ebenso oft in „milder“ wie in „scharfer“ Tonart vorgetragen worden. Aber wenn sie nicht auf Redensarten oder unbedeutende Kleinigkeiten hinauslaufen, sondern wirkliche und wesentliche Vorteile für die Arbeiter bezwecken, dann tragen sie allerdings das Gift des Umsturzes in sich, insofern nämlich ihre notwendige Konsequenz früher oder später der Zusammenbruch der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sein muß, auch dann, wenn der Fordernde das gar nicht will oder sich dessen gar nicht bewußt ist. Und das ist es, was den giftigen Haß der Bourgeoisie entflammt, das ist der Grund, weshalb man uns scharfe Tonart vorwirft, selbst wenn wir in der Form auch ganz milde gewesen.

Wie gesagt, es ist richtig, daß auch die jetzt noch „staatserhaltenden“ Gewerkschaften auf diese Weise immer mehr und mehr auf die Bahn des Umsturzes gedrängt werden. Sie können nicht in alle Ewigkeit bei ihren wässrigen Forderungen verharren und den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen. Und die Hoffnung ist nicht zu kühn, daß auf diesem Wege vielleicht schon in nicht ferner Zukunft die Vereinigung aller organisierten Arbeiter zu einer einzigen, schlagfertigen Armee zur Tatsache werden wird. Aber sobald nun die Vertreter jener Gewerkvereine auch nur ein wenig mehr fordern, als man bisher von ihnen gewohnt war, so fühlt die herrschende Klasse mit seiner Witterung heraus, was das für revolutionäre Folgen haben muß, und alsbald werden diesen „artigen Kindern“ genau dieselben Vorwürfe an den Kopf geworfen wie uns, alsbald wird auch ihre „schärfere Tonart“ gerügt.

Ein sprechendes Beispiel dafür ist wieder aus den letzten Tagen zu verzeichnen. Am 30. Mai hat der preußische Handelsminister Herr Delbrück Veranlassung genommen, im preußischen Herrenhause — ausgerechnet im preußischen Herrenhause! — gegen die christlichen Gewerkschaften loszulegen. Der Wortlaut seiner Rede ist erst jetzt bekannt geworden. Und was hat er an den frommen Elementen auszusetzen? Die Art, die Formulierung ihrer Forderungen, die Agitationsweise 2c., mit einem Wort: die schärfere Tonart! Man höre nur:

„Die Art, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgen, deckt sich nicht immer mit dem Kaiserhoch, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen, und mit dem Hoch auf das deutsche Vaterland, mit dem die Versammlungen geschlossen werden . . .

„Die Agitationsweise der christlichen Gewerkschaften ist meines Erachtens nicht immer eine einwandfreie, sie geht über das nötige Maß hinaus, das erforderlich ist, um die wirtschaftlichen und politischen Ziele der christlichen Arbeiterparteien zu erreichen . . .

„Die christlichen Gewerkschaften schicken einen Arbeitersekretär dorthin (in das Saarrevier), der gar nicht Arbeiter im Saarrevier ist, dieser entfaltet eine umfassende Agitation; Sonntag für Sonntag werden Versammlungen abgehalten. In diesen Versammlungen sprechen diese auswärtigen Emissäre; sie imputieren den Arbeitern geradezu Forderungen, auf die sie von sich aus gar nicht gekommen wären — sie tun es in einer Form, die das Ansehen der Beamten der Bergverwaltung in der schwersten Weise schädigt . . .“

Also immerfort die Form, die Form, die Form. Mit all ihrer Artigkeit und Milde haben die christlichen Gewerkschaften es nicht zu verhindern vermocht, daß auch ihnen die „schärfere Tonart“ angehängt wird, sobald der Inhalt ihrer Forderungen den Herrschenden unbequem wird. Der Minister läßt nämlich trotz alledem recht deutlich durchblicken, daß es ihm nicht um die Form allein zu tun ist. Er sagt:

„Ich will mich nicht dagegen wenden, daß eine Organisation, die die Interessen der Arbeiter vertritt, Forderungen stellt, von denen sie wissen kann, daß sie nicht alle erfüllt werden; das liegt in der Natur der Dinge, das ist im wirtschaftlichen Leben nicht anders. Aber die Forderungen müssen immerhin so formuliert sein, daß sie sich im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erfüllen lassen, sie dürfen nicht so formuliert sein, daß man den Verdacht hat, ja, hier wird **tatsächlich alles gefordert, was auch die Sozialdemokraten fordern . . .**“

Und am Schluß:

„. . . Ich muß verlangen, daß ihre Agitation, ihre Art zu arbeiten, ihre Art zu fordern sich auf einem Boden bewegt, **der sich mit den Grundsätzen des preußischen Staats verträgt.**“

Unter dieser Bedingung verspricht der Minister, den christlichen Gewerkschaften „nicht einen Stein in den Weg zu legen“. Bisher aber ist er schon — nur wegen der Tonart natürlich! — „genötigt gewesen, eine Anzahl von Arbeitern zu entlassen.“

Was heißt nun das ganze? Wir sind im Augenblick nicht im Besitz der von den christlichen Saarbergleuten aufgestellten Forderungen, aber soviel können wir wohl mit gutem Gewissen behaupten: das, was die Sozialdemokraten wollen, fordern sie „tatsächlich“ nicht. An Umsturz und Revolution denken sie nicht. Und doch tritt ihnen der Minister mit der ganzen Wucht seiner Autorität und mit der ganzen brutalen Gewalt des Klassenstaates entgegen. Gnädigst erlauben will er ihnen eine Agitation, die „sich mit den Grundsätzen des preußischen Staates verträgt.“ Was mögen das für Grundsätze sein? Nun, der Zusammenhang lehrt es wohl deutlich genug. Alles, was über leere Redensarten hinausgeht, alles, was wirklich die Interessen der Arbeiter vertritt, und sei es noch so zahm, verstößt gegen diese Grundsätze. Ist mit diesen Worten des Ministers nicht klar und deutlich ausgesprochen, daß der „Staat“ (oder was er so nennt) auf der Knechtung und Ausbeutung der Arbeiter beruht? Ist hier nicht klar und deutlich ausgesprochen, daß der Arbeiter, sobald er für sich nur ein wenig Licht und Luft verlangt, an den Grundfesten des Staates rüttelt, selbst wenn er sich für noch so „staatserhaltend“ hält? Und folgt daraus nicht klar und deutlich, daß der so organisierte Staat mit den Lebensinteressen der Arbeiter unvereinbar ist? Wir sind dem Minister aufrichtig dankbar für diese Klarstellung, die sicherlich nicht nur bei den christlichen, sondern auch bei den ganz indifferenten Arbeitern ihre Früchte tragen wird.

Von Seiten des christlichen Bergarbeiterverbandes liegt bereits eine Erwiderung vor. Aber was wissen diese Leute zu antworten? Sagen sie kühn und mannhaft: Herr Minister, die Form unserer Agitation überlassen Sie gefälligst uns, denn wir sind erwachsene Männer und verbitten uns jede Form von Bevormundung? Verweisen sie den Minister darauf, daß er erst einmal über den Inhalt ihrer Forderungen Rede und Antwort zu stehen habe, ob er den zu erfüllen gedenke, anstatt sich hinter der Form zu verstecken? Und vor allen Dingen: verlangen sie Rechenschaft über den vom Minister selbst mitgeteilten Terrorismus, nämlich die Entlassung von Arbeitern wegen der Agitation? — Ach nein, die christlichen Herren bleiben bei ihrem alten System, bei ihrer „milden Tonart“, sie — — entschuldigen sich!! Der Arbeitersekretär sei allerdings nicht Arbeiter im Saarrevier, das müssen sie leider zugeben, aber als mildernder Umstand möge gelten, daß er Sohn eines Bergmanns und selbst ehemaliger Bergmann sei; die „Emissäre“ hätten den Leuten keine Forderungen „imputiert“, diese seien vielmehr von den Bergleuten selbst aufgestellt worden; die Art der Agitation sei immer höchst anständig gewesen und könne die Autorität der Beamten nicht untergraben. — Als wenn es hierbei auf all das ankäme! Ist denn Herr Delbrück, der jetzt ganz plötzlich mit einem Male einen so großen Einfluß hat, selbst Arbeiter im Saarrevier? Ist er nicht in diese Dinge noch viel plötzlicher hereingeschneit als irgend ein Gewerkschaftssekretär? Und wenn die Bergleute wirklich von sich aus nicht zum Erwachen kämen, ist es dann nicht ein verdienstliches Werk sie zu wecken und ihnen die Forderung nach Recht und Menschenwürde zu „imputieren“? Und wenn die Autorität der Beamten in die Brüche geht, sobald die Bergleute erwachen, dann muß sie schon ohnehin sehr brüchig gewesen sein und nur auf der Knechtung und Entmannung der Leute beruht haben. Also fort mit ihr! Nicht aber ihr zu Liebe auf die Agitation verzichten. — Doch wie gesagt, das alles ist ein Gerede, das um den Kern der Sache herumgeht. Dem Minister mußte klipp und klar die Frage vorgelegt werden, wie er sich zum Inhalt der christlichen Forderungen stellt. Von diesem Inhalt ist aber auf beiden Seiten überhaupt nicht die Rede. Wir fürchten demnach, daß damit nicht viel Staat zu machen sein wird. Statt dessen bitten diese bis in die Knochen ehrfurchtsvollen Christen zum Schluß den Minister untertänigst, ihre Versammlungen — — — **durch Grubenbeamte überwachen zu lassen!!!** Dann werde er sehen, wie artig sie seien!

Welch ein erbärmliches Schauspiel! Wir denken, diese Winselei und Kriecherei wird denn doch so manchem die Augen öffnen, der bisher noch an eine Wirksamkeit christlicher Gewerkschaftsarbeit glaubte. Sobald der Minister die Stirn runzelt, beeilen sich diese Helden, **sich selbst unter Polizeiaufsicht zu stellen!** Jedes weitere Wort über diese Jämmerlichkeit wäre verschwendet. Hier gibt es eben nur eins: entweder man hält mannhaft an den als recht und billig erkannten Forderungen fest, man erträgt den Zorn des Ministers und tritt ihm unerschrocken als Kämpfer gegenüber — dann braucht man keinen besonderen christlichen Gewerkverein, denn dann teilt man den prinzipiellen Standpunkt der freien Gewerkschaften und kann ihnen beitreten; oder man fällt aus Angst vor dem Minister in die Knie und beeilt sich, jede „Staatsgefährlichkeit“ abzulegen — dann verzichtet man auf alle wirklichen Forderungen, und dann braucht man allerdings christliche und sonstige „staatserhaltende“ Gewerkvereine, nämlich um die Arbeiter zu benebeln und sie an jeder wirksamen Vertretung ihrer Interessen zu verhindern.

## Christlicher Reichstag.

**Konservative Lehrerfreunde.** Der Münchener Lehrertag hat nicht bloß durch seine opportunistische Haltung in der Religionsfrage und die Rückständigkeit, die er auf dem Gebiete der Frauenfrage bekundete, die Kritik der Linken herausgefordert. Weit mehr zeigt sich die „Kreuzzeitung“ über ihn erbost, weil er sich von einer Verherrlichung der neupreußischen Pfaffenschule immerhin weit entfernt hielt. Was die „Kreuzzeitung“ über diesen Punkt zu sagen hat, wirkt so aufklärend und legt die Wurzeln jenes „wahren Christentums“, in dessen Geiste die Kinder erzogen werden sollen, so offen bloß, daß es für die Freunde des pädagogischen Fortschrittes gar kein besseres Argument geben kann, als eben jene Auslassungen. Nachdem sie über die „radikalen Forderungen“, den „sektirerischen Unfug“, die „Geschmacklosigkeiten und Ueberspanntheiten“ der modernen Pädagogik sich tapfer ausgelassen, fährt sie fort:

. . . . die Volksschullehrer sind weder Philosophen noch Universitätsprofessoren, sondern Beauftragte des Staates, die als solche ebensowenig freiem Individualismus Raum geben dürfen, wie die übrigen Beamten . . . . Die Seelen der Kinder haben das heilige Recht, der Gemeinschaft des Reiches Gottes zugeführt zu werden. Es scheint, als ob es die dringlichste Aufgabe jeder Schulpolitik des Staates wäre, künftig die Ausbildung der Lehrer besser zu überwachen. Denn die Religion ist und bleibt der Eckstein, mit dem die sittliche und staatliche Größe eines Volkes steht und fällt.

Vom Reichskanzler Bülow und vor und nach ihm von vielen anderen hat man gehört, daß der „sozialdemokratische Zuchthausstaat“ den „freien Individualismus“ bedrohe, der das köstlichste Gut der Deutschen sei. Hier aber erfährt man, daß in diesem bestehenden königlich preußischen Staate für „freien Individualismus“ „kein Raum“ sei. Die Zwangsgewalt der „Beamten“, als welche die Lehrer kurzweg bezeichnet werden, habe die Kinderseele dem „Reiche Gottes“ zuzuführen und damit basta und nicht aufgemuckt! Der preußische Oberlehrer Dr. Surlitt hat in seinem bekannten Buche „Der Deutsche und sein Vaterland“ von den Lehrern gesagt, ehe sie ins Amt kämen, sei ihnen „das Rückgrat schon gründlich gebrochen“. Dieser einmalige Bruch des Rückgrats genügt aber der in Preußen herrschenden Partei nicht mehr; es muß zweimal und dreimal gebrochen werden. Die Verschärfung, die die konfessionelle Zwangserziehung der Kinder erfahren hat, war nur der erste Schritt; jetzt kommen die Lehrer an die Reihe, um mit Disziplinargewalt und Hungerpeitsche dem „Reiche Gottes“ zugeführt zu werden. Vielleicht erkennen die Lehrer wenigstens jetzt, daß die Kulturgefahr der Schulverpfaffung nur durch die schärfste Opposition erfolgreich bekämpft werden kann. Denn jetzt geht es ihnen selber und ihrem letzten bißchen Freiheit an den Kragen!

**Eine zerschmetternde Niederlage** hat das Zentrum bei der Reichstagsersatzwahl in Beuthen-Tarnowitz erlitten, die am Dienstag vollzogen wurde. Nach den bis Mitternacht vorliegenden Resultaten, die schon einigermaßen vollständig erscheinen, erhielten: Napieralski (Pole) 25 899, Muschalliks (S.) 7680, Remy (deut-

scher Mischmasch) 7385 und Genosse Scholtysek 6298 Stimmen. Der Wahlkreis gehörte bisher dem Zentrum und war bei der letzten Wahl von Krolik in der Stichwahl mit 28 475 gegen 12 421 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten erobert worden. In der Hauptwahl standen damals zwei Zentrumskandidaten im Felde, ein Luxus, den man sich nur erlauben durfte, weil man den Sieg für ganz sicher ansah. Krolik erhielt 20 145, sein Zentrumskonkurrent 7926 Stimmen, zusammen also 28 000 Stimmen. Unser Kandidat brachte es auf 10 260, der Pole auf 6584 Stimmen und ein Freisinniger erhielt 1285 Stimmen. Jetzt hat sich zwischen Polen und Zentrum das Verhältnis fast umgekehrt und der Pole ist wahrscheinlich im ersten Wahlgange gewählt worden. Der auf die Spitze getriebene nationale Gegensatz hat offenbar auch noch etliche früher für das Zentrum abgegebene Stimmen in das Lager der Hakatisten getrieben. Daß auch die Stimmenzahl der Sozialdemokratie von diesem Nationalitätenkampf mit beeinflußt werden würde, war vorauszusehen. Immerhin ist es ein erfreuliches Zeichen, daß sich im Wirrwarr des überhitzten Nationalitätenkampfes eine mehr als 6000 Mann zählende Wählerzahl den klaren Kopf und die politische Besonnenheit bewahrt hat und nicht mit fortgerissen ist in den Strudel des nationalen Haders. Das gibt die Gewähr dafür, daß bei ernster Arbeit in Zukunft auch in Oberschlesien die Sozialdemokratie wieder neues Terrain gewinnen wird.

**Meuterei unter den deutschen Truppen in Südwestafrika?** Vom Ende April werden dem „Vorwärts" eine Reihe Briefe deutscher Südwestafrika-Kämpfer zur Verfügung gestellt, die übereinstimmend bestimmte Andeutungen über ernste Fälle von Meutereien unter den deutschen Truppen machen. So wird unter anderem auch ein sehr ernster Fall mitgeteilt, bei dem es sich darum handelt, daß von Soldaten ein Wachtmeister blutig gehauen und ein Offizier erstochen worden sein soll. Die Meuterer seien Soldaten gewesen, die ihre Zeit, für die sie sich freiwillig nach Südwestafrika gemeldet hätten, nach ihrer Ansicht längst abgedient hätten und trotzdem nicht in die Heimat entlassen worden wären; im Gegenteil seien sie stark von den Offizieren schikaniert worden. Ueberhaupt wird in den vorliegenden Briefen viel über Soldatenmißhandlungen der Vorgesetzten geklagt, die zum Teil auch schon ihre Ahndung durch Pensionierung und arrestliche Ueberführung nach Deutschland gefunden hätten. Ueber diese Verhältnisse ist ja auch sonst schon in der deutschen Presse und im Reichstage Verschiedenes bekannt geworden. Es wird Sache der Regierung sein, die allein die Möglichkeit und die Pflicht dazu und doch auch wohl Interesse daran hat, diese positiven Andeutungen klarzustellen. Der „Vorwärts" selbst kann, aus sehr naheliegenden Gründen, nur angeben, daß die Ereignisse vom April dieses Jahres datieren. Ueber die übrigen zahlreichen Mitteilungen, die in den Briefen über die Qualen der deutschen Soldaten, über ihre schlechte Behandlung und Verpflegung, über die allgemeine Kriegsführung und im besonderen über die Behandlung der freien oder gefangenen Eingeborenen gemacht werden, läßt sich nur sagen, daß sie für alte Erfahrungen neue zahlreiche Belege bringen. Ein erzieherisches Beispiel aber, das mitgeteilt wird, dürfte den Reiz der Neuheit haben. Als danach in Swakopmund schwarze Gefangene eingeliefert wurden, die eine deutsche Familie ermordet haben sollten, wurde ihre Strafe: Hinrichtung durch den Strang, nicht etwa von den Deutschen exekutiert, sondern die schwarzen Gefangenen mußten einen Kreis bilden und zwei Schwarze mußten das Aufhängen vornehmen!

**Eine Kirchendebatte.** Die Zweite badische Kammer begann am Montag die Kultusdebatte. Abg. Oblircher (nat.-lib.) begründete die durch die Kommission vorgenommene Streichung von 15 000 Mk. als Beitrag für das theologische Konvikt in Freiburg, 20 000 Mk für die Schuldentilgung des theologischen Konvikts und von 6000 Mk. für Stipendien für die in Heidelberg studierenden Protestanten. Die Mehrheit der Budgetkommission könne eine Verpflichtung zu dieser Beitragsleistung seitens des Staates nicht anerkennen. Ferner begründet der Redner eine Interpellation über die Wahlumtriebe katholischer Geistlicher. Diese Tätigkeit der letzteren sei besonders bei den letzten Wahlen hervorgetreten; sie werde sogar von der Kirchenbehörde geduldet. Die wohlwollenden Mahnungen des Ministeriums an diese seien erfolglos geblieben. Festgestellt seien Mißbräuche auf der Kanzel, im Beichtstuhl und bei der Kommunion. Er bitte, daß die Regierung dagegen Einspruch erhebe. Auf die Interpellation antwortete Staatsminister v. Dusch mit einem Rückblick auf die gesetzlichen Maßnahmen in der Frage der Disziplinargewalt über die Geistlichen seit dem Jahre 1860 und betonte daß das gewonnene Belastungsmaterial der Kirchenbehörde mitgeteilt und daß eine entgegenkommende Stellungnahme der Kirchenbehörde nicht ausgeschlossen sei. Abg. Kopf (Zentr.) begründete sodann einen Antrag auf Aufhebung der gesetzlichen Bestimmung, nach der Geistliche, die bei den Wahlen durch ihre Autorität einzuwirken suchen, mit Geldstrafen von 60 bis zu 600 Mark bestraft werden. Diese Bestimmung charakterisiere sich als Ausnahmegesetz, dessen Aufhebung im Interesse der Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit zu verlangen sei. Staatsminister v. Dusch erklärte, man solle die Entscheidung des Reichsgerichts abwarten, die im Konstanzer Urteil angerufen sei. Vor der Entscheidung des obersten Gerichtshofs in dieser Frage sei die Regierung nicht in der Lage, dem Antrage zuzustimmen. — Am Dienstag wurde die Debatte fortgesetzt. Genosse Eichhorn begründete einen Antrag auf Trennung der Kirche vom Staat. Eine solche bedeute eine Vertiefung der Religion und habe wahre Religion zur Voraussetzung. Auch im Interesse der Religion selbst sei die Trennung geboten. Abg. Fehrenbach (Z.) führte aus: Die Trennung dieser beiden Faktoren sei für dieselben mit der größten Gefahr verbunden. Redner tadelte die Regierung wegen ihrer entschlossenen Haltung in der Klosterfrage. Was die Streichung der beiden Budgetposten angehe, so handle es sich um eine direkte Verpflichtung des Staates, die bei der Forderung für die Heidelberger Theologen nicht vorliege. Die Interpellation des Abg. Abkircher sei einseitig. Sie richte sich nur gegen die katholische Geistlichkeit. Der Ton der Regierungserklärung beweise, daß der Minister einen Kampf nicht anstrebe. Staatsminister Frhr. v. Dusch bedauerte die Streichung der beiden Badgetposten. Der Antrag Eichhorn wurde von der Regierung entschieden abgelehnt. Bei den Erhebungen des Ministers des Innern habe es sich nur um eine Pflicht der Regierung gehandelt. In der Frage der Klöster habe die oberste Kirchenbehörde in der letzten Zeit einen Standpunkt angenommen, der eine Verständigung ausschließe. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen.

**Der Moloch.** Wie rasch heutzutage Kriegsschiffe ihren Gefechtswert verlieren, davon ist nach dem „Army and Navy Journal" die britische Marine ein beweiskräftiges Beispiel. Nach einer am 15. Mai dem englischen Parlament zugegangenen Zusammenstellung sind seit 1902 aus der Flottenliste gestrichen worden: acht Schlachtschiffe, zehn Panzerkreuzer, drei geschützte Kreuzer. In der gleichen Zeit wurden 3 Schlachtschiffe, 16 geschützte Kreuzer in die Klasse niedrigsten Gefechtswertes zurückgesetzt. Dafür aber begann in diesen selben 4 Jahren die Admiralität den Bau von dreizehn modernen Schlachtschiffen, achtzehn Panzerkreuzern, vier geschützten Kreuzern. Diese ungeheuer schnelle Verpulverung von Hunderten von Millionen durch Außerdienststellung von Schiffen ist wie in England bekanntlich auch in Deutschland eine notwendige Erscheinung. Hand in Hand mit ihr geht durch die sich förmlich überstürzenden Entdeckungen der Marinetechnik die Erscheinung, daß Entwürfe, die eben noch eine neueste Errungenschaft bedeuten, nach ihrer Ausführung schon wieder überholt und damit völlig unbrauchbar sind. Auch sonst ist die moderne militärische Technik eine Schraube ohne Ende, deren Wirkungen nach unendlichen Seiten ausstrahlen. Gerade jetzt bringt die Presse auch die Nachricht, daß durch die Größensteigerung der Schlachtschiffe eine Erweiterung des Nordostseekanals geplant sein soll, die angeblich das nette Sümmchen von 200 Millionen Mark erfordern wird!

**Der 23. Wahlgang** hat am Montag im bayerischen Landtagswahlkreise Neustadt-Dürkheim stattgefunden und ist abermals resultatlos verlaufen. Von den 136 Wahlmännern haben 121 abgestimmt. Davon fielen auf Dr. Bischof-Dürkheim (lib.) 54 Stimmen, Hofrat Exter-Neustadt (lib.) 56 Stimmen, Freiher von Haller (SD.) 47 Stimmen, Bürgermeister Erlenwein-Niederkirchen (Z.) 47 Stimmen, Gutsbesitzer Eugen Abresch, Kandidat des Bundes der Landwirte, 14 Stimmen, Dr. Leemann-Freinsheim, ebenfalls Kandidat des Bundes der Landwirte, 14 Stimmen. Es hat somit keiner der Kandidaten die Majorität, welche 61 beträgt, erreicht. Darauf haben sämtliche Parteien Vertagung beantragt, die nach dem „Pfälzischen Kurier" auf den ersten Montag im November festgelegt wurde: — Der Wahlkreis Neustadt-Dürkheim scheint berufen zu sein, noch nachträglich, nachdem das Wahlrecht in Bayern bereits reformiert worden ist, die ganze Unsinnigkeit der indirekten Wahl darzutun. Vermutlich wird überhaupt keine Wahl zustande kommen, der Wahlkreis also bis zur nächsten allgemeinen Wahl, die im nächsten Jahre und zwar direkt vollzogen wird, im Landtage unvertreten bleiben.

**Die Massenkündigungen im Statistischen Amt** sind, nach der „Täglichen Rundschau", „bis auf weiteres" zurückgezogen, „da es sich als unmöglich herausgestellt hat, die organisatorische Umgestaltung der Handelsabteilung noch im Etatsjahr 1906 zur vollen Durchführung zu bringen." Die Kündigungen waren von der Presse aller Parteien, mit Ausnahme von Blättern der nationalliberalen und konservativen Richtung, lebhaft getadelt. Die Tatsache, daß 58 Hülfsarbeitern in der von uns beschriebenen Weise eine Pfingstfest-Ueberraschung zuteil geworden ist, und mit ihr die aus dieser Tatsache gezogenen Schlüsse bleiben als Zeichen für die soziale Rückständigkeit des Reichsamts des Innern und vornehmlich des Statistischen Amtes bestehen, das die Unterlagen für die sozialpolitischen Gesetze vorzubereiten hat.

### Rußland.

**In der Odessaer Handelsflotte** ist ein Streik ausgebrochen.

**Ein Infanterieregiment** meuterte in Charkow.

**Die Botschaft hör' ich wohl . . .** In Hofkreisen wird behauptet, daß der Zar aus persönlicher Initiative den Befehl erteilt hat, die Vollstreckung aller Todesurteile bis auf weiteres einzustellen. In Dumakreisen hofft man, daß diesem Befehl bald die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe folgen werde. Der Minister des Innern erließ den Befehl, daß alle politischen Gefangenen, insbesondere die Zöglinge der Militär-Lehranstalten, die sich bereits zwei Monate in Untersuchungshaft befinden, ohne daß bündige Beweise gegen sie erbracht werden konnten, sofort freizulassen seien.

### Oesterreich-Ungarn.

**Die Wiener Arbeiter** haben am Montagabend abermals einen gewaltigen Protest gegen die Verschleppung der Wahlreform erlassen. Sie haben die Parole, daß als erster Schritt zunächst ein dreitägiger Massenstreik in Wien in Aussicht genommen wird, mit jubelnder Begeisterung und mit ernster Kampfesfreude aufgenommen. So schwer die Opfer sind, sie werden willig getragen werden, wenn der längst ersehnte Moment kommt, von der kaum mehr aufzubringenden, aber notwendigen Zurückhaltung zum offenen Kampfe überzugehen. Aus den angekündigten sieben Versammlungen sind nicht weniger als zehn überfüllte Massenmeetings geworden, in denen die Entschlossenheit zu jedem Opfer stürmisch zum Ausdruck kam. Das Wichtigste aber ist, daß die praktischen Vorbereitungen zum Massenstreik, die längst im Gange sind, nunmehr tatkräftig abgeschlossen werden. Jeden Tag kann es notwendig werden, loszuschlagen. Die Hoffnung darauf, daß die verstockten Leute, die passiven Widerstand gegen die Wahlreform üben, noch rechtzeitig zur Vernunft kommen, ist leider keine sehr große.

### Frankreich.

**Die Proletarier-Krankheit.** Eine Aufsehen erregende Mitteilung machte Gregoire, der Direktor der Pariser Bäckerschule: Er erklärte am Sonntag vormittag in einer Pariser Versammlung, an der mehr als 1200 Bäcker teilnahmen, daß von den 400 000 französischen Bäckergesellen über 280000 tuberkulös seien!

### Italien.

**Schöne Worte.** In der italienischen Deputiertenkammer gab Dienstag der Ministerpräsident Giolitti namens der Regierung Erklärungen ab. Er sprach den Wunsch aus, daß die Kammer vor den Ferien eine Anzahl Gesetzentwürfe zur Beratung stelle, betreffend: 1. Maßnahmen zugunsten der südlichen Provinzen, an denen die Regierung mehrere Verbesserungen vorzunehmen wünsche; 2. Maßnahmen für die Staatseisenbahnen; 3. Bau von Anschlußbahnen auf Sizilien; 4 Maßnahmen zugunsten der sizilischen Schwefelindustrie; 5. die Untersuchung über die Zustände in der Marine. Zu dem letzten Punkte kündigte Giolitti an, daß der Marineminister sechs Gesetzentwürfe einbringen wird, die Redner aufzählt, in denen die Wünsche der Untersuchungskommission Berücksichtigung gefunden haben. Giolitti kündigte weiter an, daß er sofort eine Gesetzesvorlage zugunsten der durch den Vesuvausbruch Geschädigten einbringen werde und eine andere Vorlage, die die Regierung ermächtigen soll, durch Erlaß Sorge zu tragen für Schaffung einer Arbeitsinspektion, wodurch die Regierung ihre in dem Abkommen mit Frankreich eingegangene Verpflichtung einlösen werde. Giolitti ersuchte sodann die Kammer, die Prüfung des Budgets vorzunehmen, und führt dann aus, zur Untersuchung und Behebung der wirtschaftlichen Mißstände, die durch die Unruhen der letzten Zeit besonders in den südlichen Provinzen und in Sardinien zutage getreten sind, seien zwei parlamentarische Untersuchungskommissionen nötig; die eine müsse die Lage der Bauern in den Südprovinzen und in Sizilien besonders hinsichtlich der landwirtschaftlichen Kontrakte feststellen; die andere solle die Verhältnisse in Sardinien, besonders die der Bergarbeiter, untersuchen. Die Regierung, so fährt Redner fort, sei bei all ihrem Vorgehen und bei den gesetzgeberischen Reformen beständig und vor allem auf die Besserung der Lage der Arbeiterklassen bedacht. Sie werde die nationale Arbeit fördern durch Verbesserung der Verkehrsmittel, Erleichterung der Ausfuhr, rasche Vervollständigung des Wegenetzes, wirksame Organisierung des Eisenbahnwesens, günstige Gestaltung des Schiffsverkehrs und Verbesserung des Volksunterrichts sowie des höheren technischen Unterrichts. Ferner müßten auch die Arbeitsbedingungen bedeutend verbessert und der Lebensunterhalt weniger kostspielig gemacht werden. Die Regierung werde sich bemühen, den bereits bestehenden Gesetzen Respekt zu verschaffen, und sie werde entschlossen ihre Reformtätigkeit verfolgen. Drei Bedingungen seien für raschen Fortschritt auf dem Reformwege unumgänglich nötig: Friede nach außen hin, Ordnung im Innern und festgefügte Finanzen. Der Friede ist uns, so erklärte Giolitti, glücklicherweise durch die Bündnisse gesichert, denen wir entschlossen treu bleiben werden, sowie durch die herzliche Freundschaft, die uns mit allen Mächten verbindet, insbesondere mit denjenigen, mit denen unsere Beziehungen häufiger und traditioneller sind. Im Innern werden wir die Ordnung mit strenger Achtung vor dem Gesetz und allen Volksfreiheiten und mit großer Unparteilichkeit in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit aufrecht erhalten. Die Finanzlage ist vortrefflich, aber die größte Sorgfalt ist nötig, um das Budget festgefügt zu erhalten und den Staatskredit auf der Höhe zu halten, auf der wir ihn jetzt sehen. Die große liberale Partei wird sich um das von mir dargelegte Programm sammeln können, das vom Freiheitsgeiste und von der aufrichtigsten Liebe zu den Arbeiterklassen erfüllt ist. Ich bitte die Kammer, klar auszusprechen, ob das Kabinett auf das erforderliche Vertrauen des Parlaments zählen kann. Die Erklärungen Giolittis wurden von der Kammer mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Der italienische Ministerpräsident hat zwar klipp und klar erklärt, daß Italien den Bündnissen, die es abgeschlossen hat, entschlossen treu bleiben werde; aber auf der anderen Seite verdient die Anspielung auf die häufigen und traditionellen freundschaftlichen Beziehungen in England und Frankreich beachtet zu werden. Die Hinweise des Ministerpräsidenten auf den Ausbau der italienischen Sozial- und Wirtschaftspolitik sind zwar schöne Versprechungen, die jedoch in absehbarer Zeit wohl nicht in Erfüllung gehen werden.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 14. Juni.

**Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.**

**Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.**

**Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.**

**Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!**

**Achtung, Schneider!** Ueber das Geschäft des Herrn Zietz, Fackenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

**Achtung, Flußschiffer!** Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

**Achtung Maurer!** Ueber das Geschäft des Bauunternehmers Schmidt in Kastorf ist die Sperre verhängt worden.

**Achtung, Schneider und Schneiderinnen!** Auf die am Freitag abend stattfindende Schneiderversammlung machen wir auch hier noch besonders aufmerksam.

**Unfreiwilliger Humor** hat im hiesigen „Landboten" sehr häufig eine Stätte. So war in der gestrigen Nummer vorgenannten Blattes folgende Notiz enthalten:

**Parteinachrichten.**

Der erste Bevollmächtigte des deutschen Metallarbeiterverbandes Cohen in Berlin wird von der Hauptleitung in Stuttgart preisgegeben.

Einem gewöhnlichen Sterblichen wird es wohl schwer einleuchten, warum obige Notiz unter die Rubrik „Parteinachrichten" gesetzt ist, auch wenn sie den Tatsachen entsprechen würde. Das ist jedoch nicht einmal der Fall, denn es gibt wohl einen Bevollmächtigten Cohen von der

Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes in Berlin, aber keinen ersten Bevollmächtigten des deutschen Metallarbeiterverbandes; von einer „Preisgabe" des Berliner Genossen Cohen durch den Hauptvorstand kann im übrigen auch gar keine Rede sein; wir wüßten wenigstens nicht, worin dieselbe zu suchen ist. So also ist die „Parteinachricht" eines freisinnigen Blattes beschaffen; es ist nur anzunehmen, daß der „Landbote" sich einen kleinen Scherz erlauben wollte.

**Eine Zahlstelle des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen** ist hier gestern gegründet worden, nachdem 25 Berufsangehörige ihren Beitritt erklärt hatten. Wir wünschen der jungen Organisation viel Glück und hoffen, daß dieselbe sich recht bald so weit entwickeln möge, um einen wirkungsvollen Einfluß auf die Gestaltung der Löhne und Arbeitsverhältnisse der Lübecker Gastwirtsgehilfen ausüben zu können.

**Zu einer Arbeitsniederlegung** kam es am Sonnabend bei der Speditionsfirma Lischau. Die Arbeiter forderten den am Hafen üblichen Stundenlohn, wenn in Lohn gearbeitet werden soll, weil die Arbeit nur eine vorübergehende ist. Herr Lischau erklärte, er könne das nicht bewilligen, weil er dem Verein der Holzhändler resp. dem Arbeitsgeber-Verband angehöre. Die Verhandlungen am Montagmorgen endeten mit einem günstigen Resultat für die Arbeiter, und konnte somit die Arbeit wieder aufgenommen werden. Bewilligt sind für Arbeiten, die in Akkord vergeben werden, folgende Sätze: Verladen auf Waggon per Standard (gleich 165 Kub.-Fuß) für Bretter und Latten von 1 Zoll und stärker 2 Mk., 3/8, 3/4 und 7/4 zöllige Bretter 2,50 Mk., Verladen in Kahn oder Schute per Standard 1 Mk. Für Latten, Schnitthölzer und Wahlbretter (Stammteile) wird per Kub.-Meter 0,50 Mk. bezahlt. Arbeiten auf dem Platz nach Uebereinkunft. Der Stundenlohn wird nach dem am Hafen üblichen Tagelohn berechnet, und zwar 43 Pfg. die Stunde. Arbeiter, die auf Arbeit bei der Firma reflektieren, werden auf der sogenannten Rottenkoppel von 1/4 bis 5 Minuten vor 6 Uhr morgens angenommen. Die am Montagabend im „Vereinshaus" tagende Versammlung erklärte sich mit diesen Lohn- und Akkordsätzen einverstanden. Den Lastadiearbeitern, die sich jetzt auch in einer Lohnbewegung befinden, möge die geschlossene Einigkeit der Arbeiter dieser Firma als Vorbild dienen.

**Vorsicht beim Trinken!** Zu kalte Getränke in erhitztem Zustande, namentlich an warmen Tagen, erzeugen leicht Halskatarrh und können den Lungen gefährlich werden. Sie sind die Ursache, daß es zur warmen Jahreszeit oft ebensoviel Husten und Katarrhe gibt, wie zur kalten. Nur bei sofortiger Erwärmung nach dem Genuß sind die kalten Getränke unschädlich. Es ist bei uns Manier geworden, das Bier so kalt wie möglich und stets vom Eis zu trinken. Es erfrischt zwar augenblicklich, die plötzliche Blutabkühlung geht aber auf Kosten der Gesundheit des Magens und des Halses, und das Wärmeextrem ist ein um so größeres, je plötzlicher und je mehr man vorher eiskalt getrunken hat, daher das starke Schwitzen gerade nach reichlichem Genuß von kaltem Bier oder Wasser. Doch warm schmeckt das Bier nicht, darum trinke man es ganz langsam und in kleinen Schlucken, man lasse auch jeden Schluck vor dem Verschlucken einige Zeit im Munde, so bringt er durch die Berührung der Geschmacksnerven die erwünschte Abkühlung und kommt nicht zu kalt in den Magen. Vermeidung der stets schädlichen, plötzlichen Extreme gilt auch in dieser Beziehung.

**Die Bäckerinnungsmeister** haben auf ihrem hiesigen Verbandstag außer der Gründung eines Arbeitgeberschutzverbandes noch einen weiteren Beschluß gefaßt, der seine Spitze gegen die Gesellen richtet. Es wurde nämlich folgender Antrag Blinckmann-Hamburg angenommen: „Der Verbandstag des Zweigvereins „Norden" erklärt die weitere Ausgestaltung der Innungsnachweise im Germania-Verbande für dringend erforderlich und ersucht den Vorstand des Germania-Verbandes, durch persönliche Agitation seitens der Vorstandsmitglieder oder mit Hilfe des Generalsekretärs in den Zweigverbänden die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise energisch zu fördern, des weiteren den Vorstand des Zweigverbandes „Norden", mit Hilfe der neuen Organisation des Verbandsbureaus zunächst in dem Zweigverbande nach dieser Richtung hin zu wirken." — Daß man beabsichtigt, mittelst der Arbeitsnachweise „unliebsame" Gesellen auszuhungern, ist wohl zweifellos und dafür bürgt auch der Name des Antragstellers.

**Der Hahn der Petrikirche** ist dieser Tage auf kurze Zeit aus seiner luftigen Höhe entfernt worden, damit eine notwendige Reparatur vorgenommen werden konnte. Heute wurde er wieder auf seinen früheren Platz gesetzt, um anzeigen zu können, aus welcher Richtung der Wind in den höheren Regionen weht. Die lebensgefährliche Arbeit wurde vom Klempner Helm, der bei Hübner beschäftigt ist, ausgeführt.

**Eine Zwiebel ist für alles gut!** Ein zuverlässiges Mittel gegen die Folgen von Insektenstichen ist sehr leicht zu beschaffen: die Zwiebel. Ist jemand von einer Biene, Wespe, Hornisse oder dergl. gestochen, so schneide man eine Zwiebel in zwei Teile und reibe mit der einen die Stichstelle tüchtig ein. Die andere Hälfte schabt man nach Entfernung der Oberhaut und macht mit dem in ein Läppchen geschlagenen Brei einen Umschlag auf den Stich. Ist man in der Lage, das Mittel innerhalb einiger Minuten nach erfolgtem Stiche anzuwenden, so kommt es überhaupt kaum zur Schwellung, und die Schmerzen bleiben unbedeutend. — Danach sollte man sich zu Wanderungen stets der Sicherheit halber eine Zwiebel einstecken.

**In die Staatspump-Geheimkommission** wählte der Bürgerausschuß folgende Bürgerschaftsmitglieder: Kaufmann H. L. M. Jenne, Dr. jur. J. D. Benda, Konsul K. F. R. Dimpker, Dr. med. A. Th. Eschenburg, Kaufmann H. W. Fehling, Dr. jur. H. A. Görtz, Dr. jur. G. A. Priess, Juwelier M. K. Buchwaldt, Dr. phil. L. H. Baethcke, Kaufmann G. H. M. Jäde, Kaufmann K. J. F. Alm, Stukkateur und Bildhauer W. Ch. Cuwie, Kaufmann P. R. Hinckeldeyn, Dr. med. F. H. P. Ziehl, Chemiker S. S. Mühsam, und zu Ersatzmännern die Herren Kaufmann H. W. Behn, Geheimrat E. W. Brecht und Kaufmann H. J. Hahn.

**Der Bürgerausschuß** lehnte in seiner gestrigen Sitzung einen Senatsantrag ab, der dahin ging, daß dem vom Finanzdepartement am 22. Mai 1906 mit dem Makler Wilhelm Vollert abgeschlossenen Vertrage über den Verkauf des Grundstücks Fischergrube Nr. 45 und Kupferschmiedestraße Nr. 1 die vorbehaltene Genehmigung erteilt werde. Der Wortführer stellte fest, daß dieser ablehnende Beschluß in dem nach Ansicht des Bürgerausschusses zu niedrigen Kaufpreise von 11 500 Mk. begründet sei. — Der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen wurde ein Senatsantrag auf Nachbewilligung von insgesamt 1831,23 Mark zu den Bureau- und Verwaltungskosten des Landgerichts, sowie ein Senatsantrag, der verlangt, daß dem Finanzdepartement zum Erwerbe der Grundstücke Untertrave 54, Große Kiesau 8, Bude 1 und 2, und Große Kiesau 10 die Summe von 50 600 Mk. zur Verfügung gestellt werde. — Mitgenehmigt wurden die Senatsanträge betr. Nachbewilligung von 1590,09 für das Finanzdepartement, sowie Legung eines elektrische Verteilungskabels von der Schlachthofstraße nach der Karlstraße mit einem Kostenaufwand von 6000 Mk. Dem Wassermessergesetz soll folgender Zusatz zu § 1 eingefügt werden: „Es an solche an die Leitung des Wasserwerks angeschlossene Grundstücke, auf welchen gemeinschaftliche Zapfstellen für mehrere Mieter vorhanden sind, falls bei Wasservergeudungen der Urheber nicht ermittelt und in Strafe genommen werden kann." Die Beratung über diesen Gegenstand wurde der nächsten Versammlung vorbehalten.

**Der Antrag auf Ermäßigung der Fahrradsteuer** auf 3 Mk. wurde vom Bürgerausschuß an eine Kommission verwiesen, der folgende Mitglieder angehören: Otte, Dr. Baethke, Dr. Meyer, Dr. Priess, Hahn. Ersatzmänner: Dobberstein, Peters.

**Uebersicht der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle** in der Stadt Lübeck im Monat Mai 1906. Eheschließungen fanden statt 81. Geboren sind 215 Kinder, davon 121 männlichen, 94 weiblichen Geschlechts, totgeboren 5 Knaben, 1 Mädchen. Gestorben sind 64 Personen männlichen, 54 weiblichen Geschlechts, in Summe 118. Demnach Ueberschuß an Geburten 57 resp. 40, insgesamt 97. Auf 1000 Einwohner waren 27,54 Geburten, 15,11 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahr 32, von 1 bis zu 5: 6, von 5 bis zu 15: 5, von 15 bis zu 30: 9, von 30 bis zu 60: 21, von 60 bis zu 70: 21, von 70 bis zu 80: 15, 80 Jahre und darüber 9. Die Todesursache war angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler (im ersten Lebensmonat) in 6, Altersschwäche (über 60 Jahre) in 10, Kindbettfieber in 0, andere Folgen der Geburt (Fehlgeburt) oder des Kindbetts in 2, Scharlach in 0, Masern und Röteln in 0, Diphtherie und Krupp in 1, Keuchhusten in 1, Typhus in 1, übertragbare Tierkrankheiten in 0, Rose (Erysipel) in 0, andere Wundinfektionskrankheiten in 2, Tuberkulose: der Lungen (Lungenschwindsucht) in 17, anderer Organe in 3, akute allgemeine Miliartuberkulose in 0, Lungenentzündung (Pneunomie) in 11, Influenza in 0, andere übertragbare Krankheiten in 2, Krankheiten der Atmungsorgane in 6, Krankheiten der Kreislauforgane in 7, Gehirnschlag in 8, andere Krankheiten des Nervensystems in 7, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall in 11, andere Krankheiten der Verdauungsorgane in 4, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane in 7, Krebs in 5, andere Neubildungen in 1, Gewaltsamer Tod: Selbstmord in 2, Mord und Totschlag, sowie Hinrichtung 0, Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung in 4, andere benannte Todesursachen in 7, Todesursache nicht angegeben in 3 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 42, Vorstadt St. Jürgen 16, St. Lorenz 33, St. Gertrud 6, in Kranken- und Heilanstalten 21.

**Ein sinnentstellender Druckfehler** hat sich in den gestrigen Bericht über den Vortrag des Genossen Wissell im Sozialdemokratischen Verein eingeschlichen. Es steht dort in der dritten Spalte der zweiten Seite, Zeile 21 von unten, das Wort Verelendungstheorie zu lesen, während es richtig Vererbungstheorie heißen muß.

**Arbeiterrisiko.** Der auf den Lubeca-Werken beschäftigte Dreher H. Glader quetschte sich gestern morgen den Mittelfinger der rechten Hand derartig, daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

**Die Wasserwärme des Krähenteichs** betrug gestern 21 Grad Celsius.

**Warnung vor giftigen Pilzen.** Da mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit die Pilze wiederum in der allgemeinen Ernährung eine Rolle zu spielen beginnen, wird darauf hingewiesen, daß auch anerkannt genießbare und bekömmliche Sorten geeignet sein können, die menschliche Gesundheit zu schädigen, sobald sie eine teilweise Zersetzung erlitten haben. Es ist daher beim Einkauf und beim Sammeln von Pilzen darauf zu achten, daß nur junge, durchaus gesunde Exemplare als Nahrungsmittel Verwendung finden dürfen, während die alten ausgewachsenen, sehr wässerigen oder in Zersetzung befindlichen Pilze zu verwerfen sind. Ein sicheres Merkmal, giftige Pilze von unschädlichen zu unterscheiden, gibt es außer der genauen Kenntnis der einzelnen Sorten nicht. Die hierfür empfohlenen Mittel, Eintauchen eines silbernen Löffels, Mitkochen einer Zwiebel oder ähnliche, sind nur geeignet, Irrtümer herbeizuführen und daher zu verwerfen. Es muß deshalb davor gewarnt werden, unbekannte Sorten von Pilzen zu genießen. Besonders wird darauf hingewiesen, daß ein dem Wiesen-Champignon ähnlicher Pilz, der Knollenblätterschwarm, vorkommt, der stark giftig ist, sich vom Champignon aber durch den am Grunde knollig-verdickten Stiel, Fehlen des würzigen Geruchs und Farbe der Lamellen unterscheidet. Während diese nämlich beim Champignon in der Jugend rosa, später bräunlich und dunkelbraun gefärbt sind, zeigen sie bei dem Knollenblätterschwamm stets eine weiße Farbe. Da dieser Pilz nur wild wächst, besteht die Gefahr einer Verwechselung bei den künstlich gezüchteten Champignons nicht. Der vielfach verkaufte „Steinpilz" ist gefahrbringenden Verwechselungen nicht ausgesetzt, doch empfiehlt es sich, alle ähnlich aussehenden Pilze vom Genuß auszuschließen, sobald sie an der Bruchfläche in kurzer Zeit blau anlaufen. Ferner wird bemerkt, daß die Unschädlichkeit der gelegentlich auf den Markt gelangenden sogenannten „Trüffel", eines nuß- bis kartoffelgroßen, knolligen und ungestielten, der echten Trüffel ähnlichen Pilzes, der aber außen gelblichweiß gefärbt und häufig warzig-schuppig ist, noch nicht erwiesen ist, so daß sein Genuß besser unterbleibt. Im allgemeinen kann empfohlen werden, alle Pilze — auch die getrockneten — nach dem Reinigen mit kaltem Wasser zunächst einmal mit Wasser aufzukochen, dieses Wasser fortzugießen und die Pilze alsdann erst weiter zu verarbeiten. Vorzüglich gilt dies für die „Morcheln", unter welchem Namen fast ausschließlich die „Lorcheln" verkauft werden, die einen gesundheitlich nicht unbedenklichen, aber durch das Abkochen nach bisherigen Erfahrungen zu entfernenden Stoff enthalten.

**An die Kirchhofsbehörde** wandten sich vor einiger Zeit die Gärtnergehilfen und Arbeiter des Allgemeinen Gottesackers mit einem Gesuch, in dem sie um eine Aufbesserung ihres kargen Lohnes baten. Man wird staunen, wenn man erfährt, daß diese Leute für ihre Tätigkeit täglich die Riesensumme von 1,50—3 Mk. bei 10½ stündiger Arbeitszeit im Sommer erhalten. Bei regnerischem Wetter fällt der Verdienst überhaupt fort, da dann nicht gearbeitet werden kann? Im Winter wird der Lohn, soweit er die Höhe von 3 Mk. erreicht hat, der kürzeren Arbeitsdauer wegen pro Tag um 50 Pfg. gekürzt. Die Hilfsarbeiter erhalten einen Höchstlohn von 2,80 Mk. In der gegenwärtigen Zeit, wo alle Lebensbedürfnisse dauernd im Preise steigen, erscheint es doppelt schwer, mit geringen Löhnen auszukommen, und deshalb sollte man annehmen, daß die Kirchhofsbehörde dem Gesuch entsprochen haben würde. Aber weit gefehlt! Nicht einmal einer Antwort wurden die Leute gewürdigt und ihnen dadurch eine Nichtachtung bewiesen, die sie auf das tiefste erbittert hat. Während man den Beamten, pensionsberechtigten Hilfsarbeitern usw. die Gehälter steigert, ignoriert man die viel schlechter bezahlten Arbeiter vollständig; ein Verfahren, daß ebenso unverständlich wie ungerechtfertigt ist.

**Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft.** Im Mai d. Js. ist die Zahl der beförderten Personen von 339 661 auf 371 895 gestiegen, das transportierte Güterquantum von 108 810 t auf 109 543 t. Dabei erbrachte der Personenverkehr mit 248 805 Mk. gegen den vorjährigen Parallelmonat provisorisch 24 876 Mk. gegen damals definitiv 13 625 Mk. mehr. Auch im Güterverkehr ist die Einnahme mit 279 689 Mk. gegen die provisorische im Vorjahr um 2607 Mk. gewachsen; indes gegen die damalige definitive um 19 569 Mk. zurückgeblieben. Infolgedessen sind die gesamten Monatseinnahmen mit 570 494 Mk. gegen das Provisorium um 24 483 Mk. größer, aber gegen das Difinitivum um 17 212 Mk. geringer. Seit dem 1. Januar d. Js. stellen sich nunmehr die Gesamteinnahmen auf 2 517 411 Mark, d. i. um 192 496 Mk. gleich 8,3 Proz. mehr als im Vorjahre provisorisch, aber um 15 020 gleich 0,6 Prozent niedriger als definitiv in der gleichen Vorjahrzeit.

**Stadthallentheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Wohl vorbereitet geht am Sonnabend, den 16. Juni, die erste Vorstellung der Sommerspielzeit unter Direktion Piorkowski in Szene. Zur Aufführung gelangt Lessings klassisches Lustspiel „Minna von Barnhelm" mit neuer kostümeller Ausstattung. Besonders wollen wir erwähnen, daß Schülerbillets auf allen Plätzen 50 Pf. kosten, im übrigen sind kleine Preise angesetzt. — Am Sonntag wird anläßlich der ersten so beliebten Doppelvorstellungen zu einfachen Preisen L'Arronge's Lustspiel „Doktor Klaus", hierauf „Hans Huckebein", Schwank von Blumenthal und Kadelburg gegeben. Die Vorstellung beginnt des langen Theaterabends wegen um 7 Uhr. Im Garten findet ab 6 Uhr und in den Pausen wie nach der Vorstellung Konzert ab.

**Die Sperre** ist seitens des Transportarbeiterverbandes über die Fuhrbetriebe von H. Wigger, Lachswehr-Allee 5 und E. Ewers, Lachswehr-Allee 10, verhängt worden. Kein Kutscher darf dort in Arbeit treten.

**Konkurseröffnung.** Ueber das Vermögen des Kaufmannes Friedrich Wilhelm Christian Wasserstrat, alleinigen Inhabers der Firma L. Peters Nachflg., Inh. F. Wasserstrat zu Lübeck, ist am 13. Juni 1906, nachmittags 6 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. B. Schön in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

**Wahl.** Von der Gemeindeversammlung in Curau ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Hufners H. A. Fock der Hufner P. F. A. Kahl daselbst zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Erwählte ist in genannter Eigenschaft obrigkeitlich bestätigt.

pb. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Schleswig, der seitens der Königl. Staatsanwaltschaft in Altona wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Diebstahl.** In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. wurden aus einem an der Moislinger Allee belegenen Barbierladen ein Rasiermesser mit weißer Schale, eine Haarbürste und eine Flasche mit Haarwasser gestohlen. Der Dieb muß sich mittels Nachschlüssels Eingang verschafft haben.

-r. **Schwartau.** Feuer. Heute morgen gegen 3 Uhr wurden die Bewohner unseres Ortes durch Feuerlärm aus dem Schlafe geschreckt. Es brannte das dem Gärtner Strunk gehörige Wohnhaus auf Kaltenhof. Die Feuerwehr, welche alsbald zur Stelle war, konnte leider nicht viel ausrichten, da das Gebäude innen fast vollständig ausgebrannt war. Der jetzige Bewohner, ein Gärtner von Kleverhof, wurde wegen Brandstiftung sofort inhaftiert. Licht muß die Untersuchung ja erst in diese Affäre bringen.

**Niendorf a. O.** Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

**Hamburg.** Der Delegiertentag deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine stimmte einem Antrag auf Bestellung von literarischen Sachverständigen bei den deutschen Gerichten zu.

**Hamburg.** Großfeuer in Hamm. Ein gewaltiges Feuer brach vergangene Nacht gegen 1 Uhr in Hamm in dem großen Holzlager von Dehnert, Grevenweg und Ecke Sorbenstraße, aus. Vier Züge der Feuerwehr bekämpften die Flammen, die auch ein angrenzendes Wohnhaus ergriffen hatten. Dagegen scheinen das Wohnhaus des Eigentümers sowie die sonstigen Fabrikanlagen durch die Bemühungen der Feuerwehr gerettet zu werden. Eine andere Feuersbrunst wütete gleichzeitig am Borstelmannsweg Nr. 68. Es brannte dort das Lumpenlager von Köster u. Offermann. Auch hier waren drei Züge der Feuerwehr tätig, die bald Herr der Situation waren, während am Grevenweg die Sachlage infolge des starken Windes noch lange Zeit sehr kritisch blieb. Endlich kurz nach 2 Uhr hatten die Feuerwehrmannschaften auch die Feuersbrunst am Grevenweg, wo man mit 11 Rohren arbeitete, in ihrer Gewalt. — Das Spielen mit Schußwaffen hat vorgestern zu einem Unglücksfall mit tödlichem Ausgang geführt. Der 5jährige Hermann Nielson, Sohn eines Schiffladekontrolleurs, Eduardstraße, spielte mit dem Sohne eines benachbarten Stauers in dessen Wohnung mit einem geladenen Gewehr. Plötzlich entlud sich die Waffe und die Kugel drang dem kleinen Nielson in den Kopf. Das schwerverletzte Kind wurde ins Eppendorfer Krankenhaus geschafft, wo es nach kurzer Zeit starb. — Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern abend am Mühlenberg in Dockenhuden. Dort war von Fuhrleuten ein mit Steinen beladener Blockwagen aufgestellt und sollte später fortgefahren werden. Der sechsjährige Sohn des Schuhmachers Köhler, Walther, spielte bei dem Wagen, nahm die hinter die Hinterräder gelegten Steine hinweg und brachte so den Wagen ins Rollen. Das Kind wurde überfahren und war, da ihm der Brustkorb eingedrückt wurde, sofort tot.

**Geesthacht.** Ein Geistlicher überfallen. Pastor Hansen aus Hamburg weilte am letzten Freitag zum Einkauf von Abendmahlservicen in Geesthacht. Der Pulverarbeiter Frick aus Geesthacht verfolgte ihn durch Umfrage in der Wirtschaft von Busch und im Ziegenkrug. Gleich hinter der letztgenannten Wirtschaft überfiel er den Pastor und brachte ihm drei tiefe Kopfwunden bei. Dann wollte er eine Plünderung vornehmen, wurde aber von dem wieder erwachten Pastor daran verhindert. Frick suchte das Weite. Der Pastor Hansen erreichte nach langer Zeit Hammarde, bezeichnete den Unhold und letzterer wurde verhaftet. Der Pastor wurde durch ärztliche Hilfe dem Leben erhalten.

**Kiel.** Der Bau von unsinkbaren Dampfern. Die neue Kieler Dampfschiffsgesellschaft Hafenrundfahrt läßt, laut „Kieler Tageblatt", fünf Dampfer für den Personenverkehr erbauen, die vertragsmäßig „unsinkbar" sein und somit eine Wiederholung der „Primus"-Katastrophe unmöglich machen sollen. Man hat Versuche über die Unsinkbarkeit vorgenommen. Ein fertig gestellter Dampfer wurde so beladen, als ob er volle Ausrüstung und 200 Fahrgäste an Bord habe. Es wurde angenommen, daß der Dampfer infolge eines Zusammenstoßes ein Leck des Maschinenraumes und der benachbarten Abteilung erhalten habe. Man pumpte die Räume voll und stellte eine Verbindung mit dem Außenwasser her. Das Schiff sank, hatte aber an der niedrigsten Stelle noch 30 Zentimeter Freibord. Die Aufgabe war gelöst. Dem Versuch wohnten Vertreter der kaiserlichen Marine, des Germanischen Lloyds und deutscher Reedereien bei.

**Kiel.** Erstochen. Der Schlosser Lange hat in vorletzter Nacht im Stadtteil Gaarden einen Mann, der die Hebamme Vandrey unter einer falschen Vorspiegelung aus ihrer Wohnung lockte und sie in einem Gange überfiel, mit einem Messer tot gestochen. Der Täter wurde verhaftet. Er gibt an, er habe die Hebamme schützen wollen.

**Schwerin.** Das Verfahren gegen die „kleptomatische" Fürstin Wrede ist nicht eingestellt. Wie der Großherzogliche Erste Staatsanwalt zu Güstrow mitteilt, beruht die auch von uns wiedergegebene Meldung von der Einstellung des Verfahrens gegen die Fürstin Wrede auf Erfindung.

**Harburg.** Tödlicher Unfall. In Marmstorff ist am Sonnabend Vormittag der Abbauer Peter Garbers durch einen schrecklichen Unfall zu Tode gekommen. Als er, von Harburg kommend, die abschüssige Straße in das Dorf hinabfuhr, und auf einer Tonne auf dem Wagen saß, entflog ihm der Hut. Er wollte diesen noch greifen, verlor aber dabei das Gleichgewicht und stürzte vom Wagen herab. Dem Unglücklichen gingen die Räder über Kopf, Brust und Unterleib, so daß der Tod sofort eintrat.

## Literarisches.

**Von der „Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 12 des 16. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufruf der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. — Aus dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1905. I. Von g h — Henrik Ibsen. — Frauenwahlrecht und Sozialdemokratie in Holland. Von H. Roland Holst. — Sechster Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Von W. K. — Vom Kampfe um das Frauenwahlrecht in England. Von M. Beer-London. — Der Kampf um die Reate. Von E. G. (Schluß) — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen Mannheims. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Katzenstein. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Konferenz der in Ziegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Von Luise Zietz. — Frauenstimmrecht. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Feuilleton: Der Eisenbahnzug. Von Ferdinand v. Saar. (Gedicht) — Die alte Ziegel. Von Maxim Gorki. (Fortsetzung) — Der Ziegelschlag. Von Ferdinand v. Saar. (Gedicht) — Für unsere Kinder: Hammerlied. Von Ernst Klar. (Gedicht) — In der Ferienkolonie. — Junge Kätzchen. Von Ludwig Jakobowski. (Gedicht.) — Sepp, der Tanichtgut. Von Anton Freiherr IV. Schoof zu der Schur. Von Anna Marie Stel. (Gedicht) — Vom kleinen Wattflöckchen. Von Elisabeth Hartmann Harder. (Fortsetzung) — Ein Rosenstöckchen. Von Anna Marie Stel. (Gedicht.) — Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2 60 Mark.

## Lübecker Marktpreise vom 13. Juni.

Bauern-Butter Pfd. 1,10 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,20 Mk., Hasen Stck. — Mk., Enten Stck. — Mk., Hühner Stck. 2,— Mk., Küken Stck. 1,20 Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans — Mk., Schweinefleisch Pfd. 0,60 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 9 Stück 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Lachs Pfd. 1—2,40 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Aepfel beste Gravensteiner 100 Pfd. —,— Mk., Nonnen 100 Pfd. —,— Mk., andere Sorten 100 Pfd. —,— Mk., Pflaumen 100 Pfd. — Mk., Blumenkohl, d. Kopf —,30 Pfg., Hamb. Kirschen, Pfd. 60 Pfg., Kohlr. 100 Pfd. — Mk., Gurken Pfd. 5,50—7 Mk., Zwiebeln 100 Pfd. 6 Mk., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6,— Mk., per 10 Liter 50 Pfg., magnum bonum 200 Pfd. 4,00 Mk., Kartoffeln 10 Liter 40 Pfg. Heringe 2 St. — 10 Pf., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. 60 Pf. Gemüse genügend.

## Steinschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 13. Juni 1906.

Der Schweinehandel verlief ruhig.

Zugeführt wurden 561 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine: schwere 63—64 Mk., leichte 65 Mk. Sauen 55—60 Mk. und Ferkel 60—64 Mk. pro 100 Pfund.


**Ein freundl. heizbares Zimmer** für einen jungen Mann oder Mädchen zu vermieten Warendorpstraße 31.

**Gesucht noch einige Mädchen u. Frauen** zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei, sowie Musterzeichnen und Zuschneiden Percevalstraße 51, II., vor dem Hüxtertor

**Kleines Haus** in der Nähe der Schwartauer Allee zu mieten ev. zu kaufen gesucht. Ang. m. Preis- u. Anz.-Ang. u. P 120 a. d. Exp.

**Gutes Tandem** billigst zu vermieten Westhoffstraße 32 II.

**Ein Haus in lebh. Querstr.** mit 3 Wohnungen, auch zu kleinem Geschäft passend, zu verk. Näheres unter A 1 an die Exped. d. Bl.

**Ein sehr guter Anzug,** für starke Figur, billig zu verkaufen Glockenstraße 22, I

**Ein guterhaltener Sportwagen** billig zu verkaufen Reiferstraße 20, I.

**Eine zweisitzige Sportkarre** zu verkaufen Glandorpstraße 43.

**Zwei Fuder Schweinedung** zu verkaufen Tremserkamp 39

Zu verkaufen eine 1.90×0.85 Mtr. große Billard-Schieferplatte und ein Kinder-Schreibpult Hundestraße 80

**Gußeis. Petrol.-Maschine, 6 fl.,** fast neu, für 4 Mk. zu verkaufen Wakenitzmauer 82

Zu verkaufen gute Milchziege mit Lamm, Hennenküken, tausche und kaufe Schlachtziegen Krähenstraße 18.

Am Sonnabend und Sonntag sind ca. 50 Stück **Ferkel und Zugänger** zu verkaufen. Krögers Gasthof, Schwartau.

**Verloren** auf dem Wege von der Warendorpstraße über die Drehbrücke nach der Breitestraße ein Ortskrankenkassenbuch. Abzugeben gegen Belohnung Warendorpstr 7, II

**Bommerlunder** feinster Tafel-Getreide-Aquavit

**Bordeauxweine** Medizinal-Tokayer, Samos, Malaga, Portwein, Sherry, Madeira, Rum, Kognak, Arrak in allen Preislagen und in nur besten Qualitäten. **Wilhelm Rahfoth, Lübeck,** Untertrave 113.

**Für 12 Mk.** erhalten Sie in W. Jacks Musikhaus eine gute Konzert-Zither, ebenfalls für denselben Preis eine Menzenhauer Guitarr-Zither. Unterricht gratis. **Musikhaus Jack** Königstraße 96.

**Empfehlungs-Karten** liefert prompt und sauber Die Druckerei des Lüb. Volksboten

Wasche mit **Henkel's Bleich-Soda** überall zu haben.

**Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.**
Zahlstelle Lübeck.

# Ausflug
**mit Musik**
## nach Travemünde
**per Dampfer „St. Lorenz" und „Fortuna"**
**am Sonntag den 17. Juni 1906.**

Abfahrt von der Entiner Brücke nachmittags präzise 2 Uhr.
Preis pro Person 60 Pfg., Kinder unter 14 Jahren frei.
In Travemünde im Lokale des Herrn Gebert, Torstraße 42:
Tanz und Belustigung aller Art.
Rückfahrt von Travemünde: 9½ Uhr abends. Das Komitee.
Kinder- und Sportwagen dürfen nicht mitgebracht werden. D. O.

**Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

**Zigarrenkisten** 100 Stück 1.50 Mk., Cedern 100 Stück 3 Mk. **Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

Stets frisch im Karton und auch ausgewogen empfiehlt bestens

ARGARINE **ohra** ersetzt beste Butter

**Ludw. Hartwig.** Sie erhalten Lübeca-Marken

**Die Arbeiter-Garderoben** aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10. sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

| | |
|---|---|
| Lederhosen | 1,80—6,45 |
| Maurerhosen | 2,60—6,75 |
| Schlosserhosen | 1,88—5,25 |
| Ueberziehhosen | 0,88—2,35 |
| Zwirn-Hosen | 1,38—3,25 |

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,25 Kasen. Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig. Kittzen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.


**Achtung! Hafenarbeiter (zentral).**

**Mitglieder-Versammlung**
**am Freitag den 15. Juni**
abends 8½ Uhr
**im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52**

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Wahl eines Boten.
3. Antrag der Versammlung vom 11. Mai: Gründung einer Lokalkasse.
4. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

**Der Vorstand.**


Aufsehen erregen meine billigen Preise Früher M. 120.—, **jetzt M. 85.—**

**Florett-Fahrräder** allen voran! Pa. Material, 2 Jahre Garantie! Freilaufnabe Torpedo M. 15 mehr. Mäntel von M. 3.50 an, Schläuche M. 2.60, Acytelen-Laternen M. 2 **H. A. Hill,** Fahrrad-Versandh., Johannisstr. 9. Ambos-Fahrräd. M. 75, 1 J. Gar. Außerdem führe Brennabor-, Panther- und Clais-Pfeil-Räder.


**Verband der Schneider und Schneiderinnen** und verw. Berufsgenossen Deutschl.

**Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung**
**am Freitag den 15. Juni**
abends 8½ Uhr
**im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.**

Tages-Ordnung:
1. Beratung der Statuten.
2. Aufstellung des Kandidaten zum Verbandstag.
3. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

**Die Ortsverwaltung.**


**Hansa-Theater**

Heute Freitag den 15. Juni, abends 8 Uhr.
**Zum 4. Male:**
Der **Raubmörder**
Urk. Burlesque in 5 Bildern von Millowitsch.
**Zum Totlachen!**
Vorverkauf bis 5 Uhr abends im Zigarrengeschäft Sager und an der Tageskasse.

**Stadthallen-Theater.**
Direktion: L. Piorkowski.
Sonnabend, den 16. Juni. 7½ Uhr.
I. Klassiker-Abend zu ermäßigten Preisen.
Schülerbillets auf allen Plätzen 50 Pf
**Minna von Barnhelm.**
Lustspiel in 3 Akten v. Lessing.
Sonntag den 17. Juni 1906. 7 Uhr.
I. große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen.
Doktor Claus. Hierauf: Hans Huckebein.
Billets im Vorverkauf bei F. W. Kaibel und Otto Borchert, Breitestr., billiger. Dutzendbillets nur im Theaterrestaurant



Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 136 — Freitag, den 15 Juni 1906. — 13. Jahrgang.

## Sociales und Vereinsleben.

**Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben.** Die Lohnbewegung der Brauer in Braunschweig hat mit einem Erfolge der Arbeiter geendet. — Von verschiedenen Seiten war gemeldet worden, infolge der Vermittelung des Abg. Boltz sei der Ausstand im Saarrevier beendet. Das ist, wie der „Vorwärts" mitteilt, nicht richtig. Wohl waren die Arbeiter geneigt, auf Grund der gepflogenen Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen, aber nicht sich jeder Bedingung zu unterwerfen. Die Direktion glaubte aber wohl gewonnenes Spiel zu haben. Sie forderte von den Arbeitern, daß diese neue Annahmscheine unterschreiben und sich von den Aerzten neu untersuchen lassen sollten. Man hoffte wohl, auf diese Weise etwas „sieben" zu können. 500 Arbeiter kommen hierbei in Frage. Nur ein kleiner Teil fügte sich den Bedingungen, die meisten gingen nach Hause. — In Leipzig wollten sich die ausgesperrten Buchbinder und Buchbinderinnen mit einem Plakat an die Bevölkerung wenden, auf dem auch die Namen der Aussperrungsfirmen verzeichnet waren. Wegen der Veröffentlichung der Namen hat die Polizei nun den Anschlag der Plakate untersagt. Ihr Zweck ist jedoch nicht erreicht, denn nunmehr werden die Namen in der Tagespresse veröffentlicht. — In der württembergischen Gerberstadt Backnang ist am Sonnabend sämtlichen organisierten Lederarbeitern gekündigt worden, weil die ausständigen Arbeiter der Firma F. Nebringer die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen wollten. Von der Kündigung werden etwa 400 Lederarbeiter betroffen, so daß mit den Ausständigen zusammen rund 500 Arbeiter in Betracht kommen. — In Mainz traten 200 Fuhrleute in den Ausstand, da ihre Lohnforderung von den Unternehmern nicht bewilligt wurde. — Eine Urabstimmung in der Vereinigung der Maler verwarf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit 15 640 gegen 4739 Stimmen.

**Schuhmacher-Verbandstag.** Am Montag wurden zunächst die Ergänzungen zu den vorliegenden Geschäftsberichten sowie der Ausschußbericht entgegengenommen. Sodann wurde beschlossen, dem Lithographen und Steindruckern ein Darlehen von 5000 Mk. zu gewähren; falls sich eine weitere Unterstützung vernotwendigt, hat der Vorstand das Recht, weitere 5000 Mk. Darlehen zu gewähren. Den österreichischen Kollegen, die gegenwärtig schwere Streiks führen, wurden 10 000 Mk. Darlehen gewährt. Der Schluß des ersten Tages wurde mit der Debatte über den Geschäftsbericht ausgefüllt.

**Sehr helle** ist die Zwickauer Polizei. Nachdem sie den Maurerstreik für beendet erklärt und das Streikkomitee aufgelöst hat, verbietet sie, daß an ihrer weisen Tätigkeit Kritik geübt werde. Als Antwort auf diesen schweren Angriff gegen das Koalitionsrecht durch die Polizei hatte das Zwickauer Gewerkschaftskartell für Sonnabend eine große öffentliche Protestversammlung nach dem „Belvedere" einberufen. Diese Versammlung wurde von der Polizei verboten; da das Verbot erst in letzter Stunde erging, war es nicht mehr möglich, eine dahingehende Bekanntmachung an die Versammlungsbesucher zu erlassen. Gegen 9 Uhr abends strömte eine für Zwickauer Verhältnisse riesige Anzahl nach dem Versammlungslokal. Die Polizei von Zwickau hatte alle nur verfügbaren Kräfte in Uniform und Zivil aufgeboten. Dem anwesenden Polizeibeamten wurde in bestimmter Weise erklärt: „Wollen Sie den Saal öffnen lassen oder nicht? Wir lehnen jede Verantwortung ab für das, was eventuell entstehen kann!" Darauf wurde der Saal geöffnet: 1200 Versammlungsbesucher nahmen im Saale Platz. Das von der Polizei erlassene Versammlungsverbot zeugt von der geradezu bodenlosen Ungeniertheit, welche auf der Zwickauer Polizeiwachtstube herrscht. Es heißt in dem behördlichen Schreibebrief u. a.: „Der Zwickauer Maurerstreik ist nach den stattgehabten behördlichen Ermittlungen als beendet zu erachten gewesen und deshalb die Streikleitung aufgelöst worden, um der willkürlichen Agitation einer geringen Anzahl Maurer, welche notorisch die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, um die Agitation fortsetzen zu können, ein Ziel zu setzen. Gegen diese Entscheidung der Behörde stand dem bisherigen Streikleiter der Weg des Rekurses zu und er ist von dieser Seite beschritten worden. Die oberbehördliche Entscheidung steht noch aus. Diesen gesetzlich vorgeschriebenen und gewährleisteten Rechtsweg hat auch die Allgemeinheit zu beschreiten. Nicht aber kann es zugelassen werden, daß in Versammlungen die Maßnahmen der Behörde kritisiert, verächtlich gemacht werden und zum Widerstand gegen dieselben aufgefordert werde, wie dies in der am 7. d. M. im „Belvedere" stattgefundenen Versammlung geschah." — Natürlich wird der Polizei die Kritik deshalb nicht geschenkt, darauf kann sie sich verlassen. Wir wollen noch besonders bemerken, daß der Maurerstreik in Zwickau fortdauert und geradezu glänzend steht. Streikbrecher sind so gut wie nicht vorhanden. Der übergroße Teil der Streikenden ist abgereist. Die Polizeiukase haben die Reihen der Streikenden um so fester zusammengeschlossen.

**Das Spiel mit dem Bergmannsleben.** Seit Pfingsten schon brennen auf der Zeche „Hansa" zu Huckarde bei Dortmund die Flötze B und C. Obschon die größten Anstrengungen gemacht wurden, gelang es bisher nicht, den Feuerherd abzudämmen, weil das Hangende zum großen Teil eingestürzt und außerdem die stark auftretenden giftigen Brandgase das Vordringen erschweren. Das Befremdliche an der Sache ist nur, daß trotz des Grubenbrandes der Betrieb nicht eingestellt ist, sondern die Belegschaft wie bisher anfährt und an der Kohlenproduktion beschäftigt wird. In der bürgerlichen Presse wird ausgeführt, man lasse die Belegschaft weiterarbeiten, weil die brennenden Flötze von den Hauptbetriebspunkten isoliert lägen. Aber was will das heißen? Sobald es in der Grube brennt, ist Gefahr vorhanden, und der Betrieb sollte ruhen, bis es gelungen, des Feuers Herr zu werden. Hat man denn an den Katastrophen von „Borussia", „Werne", „Courrières" usw. noch nicht warnende Lehren genug? Man muß wirklich die Zuversicht und Sorglosigkeit der Behörden bewundern, mit der sie das Weiterarbeiten gestatten. Es muß ganz energisch verlangt werden, daß die Bergbehörde die Kohlenproduktion und damit das Anfahren der Belegschaft untersagt, bis der Brand gelöscht ist.

**Die Frage der Reichstagskandidatur** hat im Wahlkreise Sorau-Forst zu bedauerlichen Zwistigkeiten geführt. In einer am Freitag abgehaltenen Vereinsversammlung zu Forst wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Die Kommission erklärte, daß sie der Kreiskonferenz den Genossen Koblenzer vorschlagen werde. Die meisten Redner aus der Versammlung aber forderten die Aufstellung des Genossen Redakteurs Marckwald. Genosse Koblenzer erklärte in der Diskussion: Nach dem Eindruck, den er von der bisherigen Diskussion gewonnen, halte er es für zweckmäßig, daß sich die Versammlung erst über die Kandidatur Marckwalds einige, und erst für den Fall, daß dessen Kandidatur abgelehnt werde, kämen andere Personen in Frage. Genosse Marckwald führte unter anderem aus: Da ihm außer den Beschlüssen der zwar kleinen Vereine von Eulo und Sacro von vielen Seiten, von zahlreichen Forster Parteigenossen mitgeteilt worden ist, die zweifellose Mehrheit wünsche seine Kandidatur, habe er aus diesem Grunde nicht von vornherein verzichtet. Denn wenn es wahr sei, was freilich noch festzustellen wäre, daß wirklich die große Mehrheit seine Kandidatur wünsche, habe er sich auf den Platz zu stellen, auf den die Parteigenossen in ihrer Mehrheit ihn stellen wollen. Er wies die ihm im Bezirksverein 1 gemachte Unterstellung zurück, als würde er im Falle seiner Wahl die „Märkische Volksstimme" finanziell schädigen, und wies auf Abmachungen hin, die mit der Preßkommission zu vereinbaren wären. Genosse Redakteur Perner trat seinem Kollegen entgegen. Als Perner nochmals das Wort ergriff, um gegen Marckwalds Kandidatur die Geschäftslage der „Märkischen Volksstimme" geltend zu machen, entstand großer Lärm, der den Redner am Weitersprechen verhinderte. Auf Zurufe schloß Perner: „Nun, wenn das Mandat käuflich ist, habe ich nichts mehr zu sagen!" Zum Schluß zeigte sich Abspannung und Erregung, die ihren Höhepunkt erreichte, als der als Gast anwesende Redakteur Genosse Wittrisch sich zum Wort meldete. Da viele Teilnehmer die Versammlung schon verlassen hatten, wurde sie ohne Abstimmung geschlossen. — Die Sonnabendnummer der „Märkischen Volksstimme" enthält anschließend an den Versammlungsbericht zwei Erklärungen. Die erste lautet: „Mit Ende dieser Woche stellt der Unterzeichnete wegen der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen ihm und dem Genossen Marckwald in der gestrigen Versammlung ergeben haben, bis auf weiteres seine Tätigkeit bei der „Märkischen Volksstimme" ein. R. Perner." — Die zweite, deren erster Teil von minderer Wichtigkeit ist, schließt also: „Im übrigen werde ich dem Parteivorstand und, da die Redaktionsführung jetzt erschwert ist, dem Vorsitzenden der Preßkommission sofort meinen Standpunkt klarlegen. Soweit es an mir liegt, werde ich mich bemühen, so lange ich verpflichtet bin, in Forst als Parteigenosse und Redakteur tätig zu sein, meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen zu tun. Jedem Rat, der einen für unsere Partei befriedigenden Ausweg aus der durch die ergebnislos verlaufene Parteiversammlung geschaffenen Situation zeigt, werde ich bereitwilligst folgen. H. Marckwald."

**Zur Strecke gebracht.** „Die Gerechtigkeit in den deutschen Landen ist nicht überall gleich vorhanden —" singt in einem seiner saftigsten Gedichte der Peter Schlemihl des „Simplizissimus". Die Wahrheit seiner tiefsinnigen Betrachtung wird auffällig bestätigt durch den Ausgang, den der sogenannte Siegeslümmelprozeß am letzten Donnerstag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Kottbus genommen hat. Seit November 1904 ist die „Märkische Volksstimme" wegen der „Siegeslümmel"-notiz von Staats- und Reichsanwälten mit wechselndem Glücke verfolgt worden. Zuerst kam der Prozeß im März 1905 vor die Strafkammer zu Sorau, wo unser Forster Parteiorgan seinen Gerichtsstand hat. Hier machte der angeklagte verantwortliche Redakteur, Genosse Perner, geltend, daß erstens die Notiz von den Strafantragstellern und dem Staatsanwalt ganz falsch aufgefaßt werde. Die Notiz, welche nur wenige Zeilen umfaßte, stellte das echt menschliche Empfinden der Japaner beim Empfang von Siegesnachrichten in Vergleich zu den aller „Christlichkeit" Hohn sprechenden Ausschreitungen der deutschen Sieger (hier war der inkriminierte Ausdruck gebraucht) bei Sedanfeiern. Wenn aber die Anklage behaupte, daß durch die Notiz alle Teilnehmer an Sedanfeiern als „Siegeslümmel" beschimpft worden seien, so sei zweitens auch der Strafantrag nicht als berechtigt anzusehen, denn der Kreis der „Sedanfestteilnehmer" sei so umfassend und unbegrenzt, daß die zum Begriff der Beleidigung nötige abgeschlossene Personenmehrheit darunter nicht verstanden werden könne. Das Sorauer Gericht schloß sich dieser letzteren Auffassung des Angeklagten an und erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Der Staatsanwalt legte Revision ein und erzielte die Aufhebung des freisprechenden Urteils. Das Reichsgericht stellte fest, daß nicht die Zahl der beleidigten Personen für den Begriff der strafbaren Beleidigung entscheidend sei, sondern der Umstand, ob die beleidigte Personenmehrheit genügend erkenntlich gemacht sei, und das sei hier durch den Ausdruck „Sedanfeiernde" der Fall. Der Prozeß kam zur erneuten Verhandlung im Juli 1905 an's Landgericht Guben. Wenn dieses auch durchaus der Entscheidung des Reichsgerichts

---

# Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

34. Fortsetzung. — Nachdruck verboten.

Langsam, jedes Wort betonend, las der Staatsanwalt den Brief Siegfrieds mit lauter Stimme vor.

Arthur hörte ihm zu mit aufgerissenen Augen, mit glühenden Wangen.

„Und das — das hätte Siegfried geschrieben, Siegfried, mein Kousin? Das ist nicht möglich, er wäre denn wahnsinnig gewesen!"

„Sie selbst haben die Echtheit des Briefes anerkannt."

„Aber das ist absurd, das ist mehr als absurd, das ist verrückt! Oder vielmehr, es ist eine furchtbare Teufelei, die man gegen mich verübt! Der Brief kann nur gefälscht sein — ich bin das Opfer einer Infamie, einer scheußlichen Perfidie!"

„Angeklagter," nahm der Staatsanwalt mit finsterer Miene das Wort, „ich habe Ihnen von Anfang an viel Wohlwollen und Rücksicht bewiesen. Ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß sich meine Gesinnung seit gestern in ihr Gegenteil verwandelt hat. Sie täuschen mich, täuschen alle! Sie spielen eine erbärmliche Komödie! Wenn Sie klug sind und noch auf die Milde Ihrer Richter rechnen wollen, so entlasten Sie endlich Ihr Herz, geben Sie das Spiel auf, das Sie bereits verloren haben — angesichts so niederschmetternden Zeugen, wie dieses durch einen seltsamen Zufall aufgefundenen Briefes, wird kein Geschworener an Ihrer Schuld mehr Zweifel hegen."

Arthur atmete schwer, sein Kinn lag fast auf der Brust, seine Augen waren düster auf den Boden geheftet.

„Alles Leugnen hilft Ihnen nichts mehr — wollen Sie der Wahrheit die Ehre geben?" fuhr der Staatsanwalt eindringlich fort.

Der Angeklagte blieb stumm.

„Täuschen Sie sich nicht mehr mit betrügerischen Hoffnungen — Sie sind verloren!"

„Ja, ich bin verloren," murmelte Arthur schwermütig. „Nun glaube ich es selbst. Ich bin jetzt nicht mehr bloß das Opfer einer Verkettung von Umständen, sondern einer nichtswürdigen Intrigue. Von wem sie ausgeht, welchen Zweck sie verfolgt, vermag ich nicht zu durchschauen, aber sie besteht und ihre Absicht ist, mich zu vernichten. Ich sehe es an Ihrem Antlitz, Herr Staatsanwalt, daß Sie mir nicht glauben, — nun wohl, ich will deshalb kein Wort mehr über die entsetzlichen Anklagen verlieren. Lassen Sie mich in mein Gefängnis zurückbringen, ich muß allein sein und nachdenken, sonst werde ich wahnsinnig. Ich kann Ihnen jetzt nicht länger Rede stehen."

Der Staatsanwalt erfüllte kopfschüttelnd die Bitte seines Gefangenen. Was sollte er von alledem denken? Er hatte gehofft, nur wenigstens in betreff der Anklage auf festem Fuße zu stehen, und fühlte, wie plötzlich in seinem Innern die Stimme des Zweifels sich wieder regte. War das das Benehmen eines Meuchelmörders?

Aber der Brief, der verhängnisvolle Brief, hatte nicht Arthur seine Echtheit selber bestätigt? Der arme Stobäus begab sich in einem Zustande nervöser Aufregung nach Hause, die er vergebens mit Brom und einigen Gläsern Rheinwein zu bekämpfen versuchte — er verbrachte eine ebenso schlaflose, unerquickliche Nacht wie Arthur von Tillo in seiner Zelle.

### Achtzehntes Kapitel.

Ein Sonntagabend im Februar.

In dichten Flocken fiel der Schnee, vom eisigen Winde hin- und hergepeitscht, der boshaft den Straßengängern die kalten glitzernden Kristalle ins Gesicht trieb, sie zwingend, ihre sonst so scharfsichtigen Augen, die bis in die fernsten Räume des Universums zu dringen sich unterfangen, vor der Macht der Natur zu schließen, und mit der Wucht seiner gewaltigen Stöße ihre empfindsamen Atmungsorgane in Unordnung blasend, sodaß sie vergeblich nach Luft rangen und ihm schimpflich den Rücken zeigen mußten, wenn sie sich in Besitz des ihren Lungen notwendigen Sauerstoffs zu setzen beabsichtigten.

Agnes von Tillo stand übergramvollen Herzens in ihrem mit gemütvollem Komfort eingerichteten Zimmer vor dem Spiegel, die letzte Hand an ihre Toilette legend. Ihre Mutter versammelte heute in ihrem Salon eine kleine, aber gewählte Gesellschaft, gewählt nicht inbezug auf die äußere, sondern die innerliche Exklusivität, denn sie bestand aus lauter Vertretern der phantastisch-mystischen Gesellschaft der Brüder der Liebe. Mr. Low und Katie Hyde hielten zum erstenmale ihren Einzug in der Tilloschen Villa, ferner waren geladen Vetter Stephan, Professor Simrath nebst Frau und Tochter, Fabrikant Prutz, Doktor Millian, Bankdirektor Wolfert und einige Damen aus dem vertrauten Freundeskreise der Gastgeberin.

Agnes seufzte: ihr war gar nicht gesellschaftslustig zu Mute. Am liebsten hätte sie den Abend in der Einsamkeit ihres Gemachs zugebracht, statt ihren Kummer hinter der erbärmlichen Maske des gesellschaftlichen Gleichmuts zu verstecken. Erschien aber schon der Zwang des oberflächlichen Verkehrs mit gleichgültigen Menschen unerträglich, so fühlte sie sich noch mehr abgestoßen von der Individualität der meisten Geladenen, unter denen sich die geschäftigen Schürer des Hasses ihrer Mutter, jene ihre unheimlichen Freunden befanden, deren gefürchtete Machinationen das Unglück ihres Herzens und ihrer Liebe in Fluß gebracht hatten. Nur der Ankunft einer der geladenen Personen sah sie mit wirklicher Freude entgegen: Hedwig Simrath war bereits ihre gute und aufrichtige Freundin geworden, der sie ihr ganzes Vertrauen entgegentrug. Mit verständnisvollem Blick erkannte sie unter der pikanten Schale der übermütigen, ironischen Heiterkeit und Lebhaftigkeit der Professorentochter die wahr-

folgte, so gelangte es doch abermals zu einem Freispruch, und zwar, weil jetzt der Verfasser der Notiz, Genosse Wittrisch, als Zeuge auftrat und glaubhaft abgab, daß er die Notiz ohne Perners Wissen und Willen in's Blatt gebracht habe. Das Gericht sah damit die Nichttäterschaft Perners als erwiesen, zumal dieser selbst und ein anderer Zeuge Wittrischs Angaben bestätigten. Gegen Wittrisch konnte nicht mehr vorgegangen werden, denn gegen ihn war Verjährung eingetreten. Der Staatsanwalt in Guben aber ließ nicht locker. Er legte nochmals Revision ein und erreichte wiederum die Aufhebung des Urteils, weil das Gubener Gericht die Frage, ob Perner etwa fahrlässig gehandelt, nicht genügend geprüft hatte. Nun kam der Prozeß an die Kottbuser Strafkammer. Obgleich diesmal die Beweisaufnahme noch überzeugender als in der vorigen Verhandlung die hohe Wahrscheinlichkeit dafür ergab, daß Perner von der Aufnahme der Notiz nichts gewußt hat, obwohl der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine-Berlin, die staatsanwaltschaftliche Auslegung der Notiz wie auch den Verdacht eines hinterlistigen Komplotts zwischen Angeklagten und Entlastungszeugen meisterhaft zerpflückte, obwohl der Angeklagte selbst sich entschieden gegen die Anzweifelung seiner Glaubwürdigkeit verwahrte, indem er auf sein stets offenherziges Auftreten vor Gericht hinwies, fand das Richterkollegium, dessen Vorsitzender Buchholz und dessen einflußreichster Beisitzer Meyer heißt, doch die zur Verurteilung erforderlichen Gründe. Es erklärte einfach, der Angeklagte und die Entlastungszeugen seien unglaubwürdig, weil es menschlich begreiflich sei, sich und andere vor Gericht herauszulügen. Damit wolle das Gericht aber keineswegs der Ehrenhaftigkeit des Zeugen Wittrisch und des Angeklagten Perner zu nahe treten. (!!) Nebenbei scheint auch der zarte Wink des Staatsanwalts, man müsse den Angeklagten mit für den gesamten Ton der sozialdemokratischen Presse büßen lassen, bei den Richtern Verständnis gefunden zu haben, denn das Urteil fiel noch härter aus, als es selbst die erfahrenen Kenner dieser Strafkammer erwartet hatten. Drei Monate Gefängnis wurden über Genossen Perner verhängt wegen eines Wortes, das vor nahezu zwei Jahren eine künstlich gemachte Entrüstung in derselben Kriegervereinspresse hervorgerufen hatte, die jahraus, jahrein uns Sozialdemokraten mit den unflätigsten Beschimpfungen überhäuft. Außerdem soll nun der zweimal Freigesprochene und schließlich doch noch Verurteilte die gesamten Kosten tragen, also für die angeblichen Rechtsirrtümer der freisprechenden Instanzen mit aufkommen. Die „Gerechtigkeit" in den deutschen Landen treibt wunderliche Blüten!

**Was im öffentlichen Interesse liegt.** Wiederholt berichteten wir über die Erschießung eines Landarbeiters auf dem ostpreußischen Gute Kuttkehmen durch einen Inspektor. Der Fall war zuerst im „Ostpreuß. Landboten" veröffentlicht worden, und dies hatte eine Strafverfolgung des Inspektors zur Folge, der jedoch nicht in Haft genommen und zuletzt von der Strafkammer in Insterburg freigesprochen wurde. Wie das in deutschen Landen so üblich, ist damit das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Bestraft muß einer werden, aber nicht der schießende Inspektor, sondern der Redakteur, der die Sache an die Oeffentlichkeit gebracht hat. Und so ist denn nunmehr dem jetzt in Berlin weilenden Genossen Borchardt, damaligen Redakteur des „Landboten", die Anklageschrift zugegangen. Daran wäre nun nichts besonderes. Auffälligerweise ist es aber nicht der Inspektor, der sich beleidigt fühlt, obgleich ihn doch die Sache am nächsten angeht; sondern der Pächter des Gutes, bei dem der Inspektor bedienstet war, hat Strafantrag gestellt. Warum? Es sind über sein Verhalten gegen den angeschossenen Arbeiter ein paar nebensächliche, recht unbedeutende Bemerkungen in dem Artikel gemacht. Der Inspektor also, der geschossen und sogar einen Menschen erschossen hat, der hat an der Darstellung unseres ostpreußischen Bruderblattes nichts auszusetzen. Aber die paar Bemerkungen über den Pächter, die an der Sache selbst gar nichts ändern, die müssen gerochen werden. Was nun aber der Sache eine Bedeutung beilegt, ist der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft die Verfolgung, bei der es sich doch auf jeden Fall nur um eine private Angelegenheit des Pächters handelt, im öffentlichen Interesse an sich genommen hat. Wir fragen: wenn wirklich die — wie gesagt ganz unbedeutenden — Behauptungen, die über den Pächter aufgestellt sind, falsch sein sollten, was hat die Gesamtheit für ein Interesse an ihrer Bestrafung? Man muß schon ostpreußischer Agrarier sein, um mit einem solchen Antrage überhaupt an die Staatsanwaltschaft zu gehen. Gewöhnliche Sterbliche würden in solchen Fällen einfach wegen Beleidigung klagen. Ein Agrarier aber hält seine Ehre ohne weiteres für eine Staatsangelegenheit. Daß die Staatsanwaltschaft ihn nicht auf den Weg der Privatklage verweist, sondern tatsächlich im öffentlichen Interesse Anklage erhebt, zeigt, wie sehr sie in demselben Irrtum befangen ist. Außerdem hat es für den Ankläger die angenehme Nebenwirkung, daß er in eigener Angelegenheit als Zeuge auftreten und eidliche Aussagen abgeben kann, die bekanntlich von den Gerichten oft ohne weiteres als entgültige Beweise angesehen werden.

## Aus Welt und Leben.

**Das Ende eines Reichsrentners.** Vor sieben Jahren stürzte der jetzt 52jährige Weißgerber Julius Wagner in Berlin an seiner Arbeitsstätte die Treppe hinunter und erlitt einen schweren Rippenbruch, dessen Folgen ihm seither nur noch Gelegenheitsarbeiten gestatteten. Auf einem Holzplatz geriet er im vorigen Jahre unter einen umfallenden Bretterhaufen und brach das rechte Bein. Der Unglückliche erhielt eine monatliche Rente von 14,65 Mark, also nicht ganz 50 Pfg. pro Tag. Sieben Jahre lang hatte er dies Jammerdasein ertragen, endlich aber ging's nicht mehr. Er stieß sich kürzlich sein Taschenmesser ins Herz und mit dem Rufe: „Es ist gemacht!" brach er sterbend zusammen. — Im Dezember 1902 sagte Wilhelm II. in seiner bekannten Breslauer Rede: „Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt, durch die für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung bis ins Alter hinein geschaffen worden." Das Schicksal des unglücklichen Arbeiters Wagner läßt diese gesicherte Existenzbedingung wieder einmal in ihrer ganzen Herrlichkeit erkennen.

**Von dem zum Tode verurteilten Raubmörder Hennig** ist jetzt beim Landgericht zu Potsdam eine 16 Seiten lange Revisionsrechtfertigungsschrift eingegangen. Hennig arbeitete im Untersuchungsgefängnis zu Moabit verschiedene Tage an der Abfassung dieser Schrift und ließ sich hierzu mehrere diesbezügliche Gesetzbücher kommen.

**Ein nichtswürdiger Bubenstreich** wurde im Museum zu Braunschweig verübt. Von unbekannter Hand wurden dem Lutherbildnis auf dem Bilde „Luther in Rom" von dem Münchener Maler Lindenschmidt und ferner auch dem Brustbild einer italienischen Guitarrespielerin des Berliner Malers Hellwig mit einem spitzen Gegenstand die Augen ausgestochen.

**Offiziersehre.** „Man unterscheidet in der preußischen Armee zwischen einer äußerlichen und einer inuerlichen Ehre. Wenn z. B. ein Offizier die Frau eines Kameraden verführt, so hat er noch seine Ehre und es steht ihm frei, diesen zu fordern." Also lautete am Sonnabend im Hügerprozeß zu Dortmund wörtlich die Aussage des militärischen Sachverständigen Oberstleutnant Dr. Wick.

**Vom Schlachtfeld der Arbeit.** Genosse Runke, Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Vereins in Düsseldorf, ist am 11 Juni ein Opfer seines Berufes geworden. Er stürzte in Duisburg, wo er als Stukkateur tätig war, vom Gerüst und war sofort tot. Genosse Runke war Familienvater. Er war einer der tätigsten Genossen, sowohl in der Partei- wie in der Gewerkschaftsbewegung. Die Düsseldorfer Arbeiterschaft wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

**In der famosen Düsseldorfer Meineidssache** gegen den Arbeiter Bomm haben jetzt endlich die ersten Zeugenvernehmungen vor dem Untersuchungsrichter begonnen. Die Beschwerde Bomms wieder seine Inhaftierung ist abschlägig beschieden worden. Zu einer Antwort auf das Angebot, ihn gegen Kaution auf freien Faß zu setzen, hat man sich bis jetzt nicht bemüßigt gefühlt. Der Polizist Zabbee ist inzwischen, wie versichert wird, vom Dienste beurlaubt worden.

**Eine Tragikomödie** spielte sich im Moabiter Kriminalgericht ab. Der 75jährige Rentner G. erschien als Zeuge in einer Strafsache wegen Unterschlagung, die sich gegen den Fahrherrn Eduard Thiele und die Frau Marie Havermann richtete, vor dem Schöffengericht I. Bei der Abwickelung eines Kaufgeschäfts war G. mit der Frau H. näher bekannt geworden. Sie wurde fast täglich von ihm mit glühenden Liebesbriefen bombardiert. Gestern kamen einige dieser Liebesepisteln des G. zufällig zur Verlesung. Der Zeuge wurde blaß und begann zu zittern. Während gerade folgender poetischer Erguß zur Verlesung gebracht wurde: „Heiß glüh'n meines Herzens Triebe, was ist des Himmels Seligkeit wohl gegen Deine Liebe," „Ich drücke Dich in Gedanken an meine Seele und fühle die Deine" — erhob sich im Zuhörerraum eine ältere Dame und verließ, noch einen vernichtenden Blick auf den ganz gebeugt dastehenden Zeugen werfend, den Saal. Es war die Gattin des Herrn G., die in dieser Weise erst Kenntnis von den „Ehebrüchen" ihres Gemahls erhalten hatte.

**Silberstehlen ist erlaubt, Kohlennehmen kostet drei Monate.** Der Strafantrag gegen die fürstliche Silberdiebin ist vom Staatsanwalt zurückgezogen worden. Ein prächtiges Gegenstück hierzu ist die Verurteilung zweier alter, armer Frauen in Mannheim, die am Hafen Kohlen im Wert von einigen Pfennigen aufgelesen hatten, zu je drei Monaten Gefängnis.

**Durch ein ungeheuerliches Urteil** machen schon wieder einmal sächsische Richter von sich reden. Die Strafkammer in Zwickau verurteilte den Fabrikarbeiter Vincenz Paul aus Schwarzenberg wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis.

**Gnadengesuch zweier Raubmörder.** Die beiden Musketiere Rosinsky und Geppert vom 155. Infanterie-Regiment in Ostrowo, die, wie erinnerlich, wegen Raubmordes, begangen an dem Ackerwirt Glapa, zum Tode verurteilt worden sind, haben durch ihre Verteidiger ein Gnadengesuch an den Kaiser richten lassen.

**Deutscher Strafvollzug.** Vor dem Schöffengericht in Köln stand ein Insasse der Rheinischen Provinzial-Arbeitsanstalt. Er soll auf einen Aufseher einen Angriff verübt und einige Fensterscheiben eingeschlagen haben. Nach dem Ergebnis der Verhandlung kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Empörung den Mann zu seinem Vorgehen getrieben hat. Er soll in der Anstaltskirche eine Prise genommen haben, was er aber auf das bestimmteste bestreitet. Wegen dieser Lappalie erhielt er von dem Anstaltsdirektor vierzehn Tage Arrest zudiktiert. Als er diese abgebüßt hatte, erhielt er weitere sieben Tage Arrest, weil er gegen den Anstaltsarzt „frech" gewesen sein soll. Als er zum Landeshauptmann geführt wurde und dort sich über die schuldlose Bestrafung beschwerte, sagte dieser: Ihnen wird nicht mehr geglaubt; Sie sind schon einmal bestraft! Als er den zweiten Arrest verbüßt hatte, schlug er aus Wut mehrere Fensterscheiben ein, und als der Aufseher hinzukam, bedrohte er diesen mit einem Fensterriegel. Dieser schlug ihn mit dem Säbel über die Hand, daß das Blut floß und der Mann hinstürzte. Das Schöffengericht bestrafte den Häusling wegen des versuchten Angriffes mit zwei Monaten und wegen des Scheibenzertrümmerns mit einer Woche Gefängnis. — Auf solche Art fördert man schwerlich die verkümmerten sittlichen Instinkte in den Anstaltsinsassen, im Gegenteil: man erzeugt in ihnen eine unauslöschliche Erbitterung und macht sie zu unversöhnlichen Feinden der menschlichen Gesellschaft.

**Zum Chicagoer Fleischskandal.** Die Empörung, die in den Vereinigten Staaten gegen die Packer von Chicago herrscht, ist zu hellen Flammen angefacht worden durch die Nachricht von der Hochschule in Wooster in Ohio, daß zehn Schülerinnen nach dem Genuß einer aus Chicago stammenden sogenannten „Hühnerpastete" an Vergiftungserscheinungen erkrankten. Es gelang den Aerzten, die Mädchen zu retten. Es verbreitet sich immer mehr die Ansicht, daß zahlreiche Sterbefälle, die von den Aerzten als Cholerafälle betrachtet wurden, dem Genuß von Büchsenfleisch zuzuschreiben sind. Der Kongreß wird wahrscheinlich höchst drastische Maßnamen treffen. Die Verluste des Fleischtrustes sollen bereits viele Millionen betragen. Die großen Viehfarmer im Westen der Vereinigten Staaten werden leider unschuldigerweise mit den schuldigen Packfirmen zu leiden haben.

**Eine Ortschaft zerstört.** Die Ortschaft Deckill (Alabama), mit 1000 Einwohner, ist durch eine Feuersbrunst beinahe völlig zerstört worden. 800 Personen sind obdachlos.

---

haft menschlichen, gewinnenden Züge einer edlen, treuen, zärtlichen Seele.

Wahrhaft erfreut ging sie deshalb auch der willkommenen Freundin entgegen, als diese jetzt, nachdem ein „Herein" ihr leises Klopfen beantwortet hatte, in das Zimmer trat.

„O wie schön von Ihnen, daß Sie schon jetzt kommen," rief Agnes mit dem Lächeln innerer Befriedigung, indem sie das junge Mädchen mit innigem Händedrucke begrüßte. „Gewiß haben Sie mit Ihrem immerfort auf die Beglückung Ihrer Umgebung gerichteten Ahnungsvermögen im Geiste den Hauch der Sehnsucht verspürt, die ich nach Ihnen empfinde."

„Wirklich? Sie hatten sich nach mir gesehnt," rief Hedwig, sich lachend auf der Chaiselongue niederlassend.

„Ja, schmerzlich gesehnt, mich mit Ihnen auszusprechen."

„Ich dachte es fast, daß die Gesellschaft Ihnen nicht allzuviel Vergnügen bereiten würde."

„Nicht allzuviel Vergnügen? O sagen Sie, daß ich sie verabscheue. Hedwig, wie grausam ist es, als Paradepuppe aufmarschieren zu müssen, nach alledem, was mir die letzten Tage an traurigen Ueberraschungen gebracht haben?"

„Sie meinen die plötzliche Auffindung des Briefes Ihres Bruders?"

„Ja, haben Sie davon gehört?"

„Gelesen — die Zeitungen veröffentlichten sowohl den Brief als die merkwürdige Art, wie er gefunden worden ist. Ich muß offen gestehen, mir will die Sache nicht recht einleuchten."

„O ich habe in der letzten Zeit noch wunderbarere Dinge erlebt, liebe Freundin, ich zweifle wirklich manchmal an meinem Verstande. Ich hatte mir bereits vorgenommen, Sie demnächst abends einmal zu besuchen — ich wollte mir erlauben, Ihren Herrn Vater um Rat zu fragen — ich möchte, nein, ich muß mir über dies alles klar werden."

Hedwig nickte jubelnd und rief: „Uns besuchen — o kommen Sie ja, und recht bald; mein Vater wird Ihnen gern Rede stehen."

„Ich möchte wissen, was er von all diesen seltsamen Erscheinungen hält — ob er daran glaubt, oder ob er mir irgend eine natürliche Erklärung dafür geben kann. Was halten Sie von dem Brief, Hedwig?"

Hedwig schwieg bedenklich.

„Haben Sie ihn gesehen?" fragte sie.

„Ja."

„Und er ist echt?"

„Unzweifelhaft."

„Nun also — freilich nach dem Bilde, was Sie mir von Herrn Arthur von Tillo entworfen, wird es mir schwer —"

Sie stockte.

„Mein Gott — mein Gott, stöhnte Agnes, „was hat mir dieser Brief schon Seelenweh verursacht — die Hand meines armen Bruders hat ihn geschrieben, daran zu zweifeln wäre Sünde — aber er war auch nur ein Mensch — er war mit Arthur zerfallen — sein Mißtrauen kann ihm einen Streich gespielt haben — selbst wenn Arthur sich — nein, nein, auch das ist unmöglich, ganz unmöglich — aber das andere — wenn Sie ihn kennten, würden Sie gleich mir die ganze Ungeheuerlichkeit eines Verdachtes erfassen, der einen Teufel und keinen Menschen, vor allem aber keinen Menschen von so reiner und ehrenhafter Denkungsart voraussetzt. Wie könnte ein solcher Mann, dessen Wort gleich einem Felsen steht, der von Kindheit auf unser Vertrauen nie getäuscht hat, im Handumdrehen ein Schurke werden? Doch fort mit den traurigen Gedanken, liebe Hedwig, ich glaube, es ist Zeit, daß wir hinunter gehen. Bin ich denn eigentlich fertig?"

Sie warf einen prüfenden Blick auf ihre Toilette.

„Vollständig," rief Hedwig sich erhebend, „und reizend sehen Sie aus, mein Liebling, ganz wunderschön. Nur ein wenig blaß sehen Sie aus, aber das steht Ihnen ganz allerliebst."

Agnes schaute in den Spiegel.

„Ich bin kaum blässer als gewöhnlich. Wenn es der Fall wäre, so wäre es mir nicht angenehm — nicht etwa, daß ich eitel bin, sondern nur um des lästigen Erkundigens willen. Sie blühen ja wie eine Rose, Hedwig."

Hedwig lachte. „Ja, ja, ich besitze einen verzweifelt gesunden Teint — weniger wäre nach Ansicht der Aesthetiker vielleicht schöner, — aber wäre ich auch so weiß wie eine Lilie, ich wollte doch lieber als bleichsüchtig gelten, als jemals zur Kunst meine Zuflucht zu nehmen. Puh — nichts ist mir mehr zuwider, als Puder, Schminke und falsche Zähne."

„Sie haben es auch nicht nötig, zu derartigen Hilfsmitteln Ihre Zuflucht zu nehmen," sagte Agnes wehmütig lächelnd.

(Fortsetzung folgt.)

## Litterarisches.

**Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift,** Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist soeben das 24. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: Der Dreibund, das Friedensinstrument — Burgromantik. — Herrenhaus und Gesindestube. — Corrida regia. — Volkserzieher. — Rudolf Goldscheid: Der Revisionismus als Problem. — Lily Braun: Ein neuer Standpunkt in der Frauenfrage? — Ernst Schur: Die Arbeiterhäuser auf der Dresdener Kunstgewerbe-Ausstellung. — Allerhand Nachdenkliches: Vogelfrei. — Zwei Welten. — Ludwilla von Rehren: Der Mützenhändler.

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Th. Glocke, Schwerin. — Druck von Frieder, Meisser & Co. — Sämtlich in Lübeck.